

## **Klimakämpfe: Eine komparative Studie der Versicherheitlichung von Klimawandel**

*Die Verknüpfung von Klimawandel und Sicherheit ist in den vergangenen Jahren zu einem zentralen politischen Problem und Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Analysen geworden. Dabei greifen die meisten wissenschaftlichen Arbeiten sowohl affirmativ als auch kritisch auf die Theorie der Versicherheitlichung der Kopenhagener Schule zurück. Im Mittelpunkt standen bisher die Herausarbeitung unterschiedlicher Formen der Versicherheitlichung sowie die Frage, inwieweit man von einer erfolgreichen Versicherheitlichung auf der globalen Ebene sprechen kann. Systematisch vergleichende Analysen der eigentlichen Versicherheitlichungsprozesse in unterschiedlichen Staaten fehlen jedoch bisher. Unser Papier wendet sich daher solchen diskursiven Prozessen zu. Wir untersuchen vergleichend die (versuchte) Versicherheitlichung des Klimawandels in vier Staaten mit jeweils unterschiedlichen Industrialisierungsgraden und Klimaschutzpolitiken: Deutschland, Mexiko, der Türkei und der USA. Im Zentrum steht dabei die Frage, welche Akteurinnen und Akteure welche Formen von Versicherheitlichung warum und mit welchen politischen Konsequenzen verfolgt haben. Ein solcher Vergleich lässt Rückschlüsse auf die Bedingungen einer erfolgreichen oder gescheiterten Versicherheitlichung zu.*

### *1. Einleitung\**

Wasserkriege, Massenmigration, der Untergang ganzer Inselstaaten – die Schreckensszenarien des Klimawandels sind mannigfaltig. So verwundert es nicht, dass die Umwelt- und insbesondere die Klimapolitik einer der ersten und wichtigsten Politikbereiche war, auf die seit den späten 1970er und 1980er Jahren ein erweiterter Sicherheitsbegriff angewandt wurde (Brown 1977; Ullmann 1983; Myers 1989; Mathews 1989). Für Staaten, aber insbesondere für Individuen und gesellschaftliche Gruppen sind nach dieser Auffassung nicht-militärische Gefahren oftmals wichtiger und dringender als klassisch militärische Bedrohungen. Auch wenn der Klimawandel in den 1980er und der ersten Hälfte der 1990er Jahre noch nicht im Mittelpunkt stand, so führten immer häufiger auftretende Klimaphänomene, bessere

---

\* Eine frühere Fassung dieses Manuskripts wurde auf der »Vierten Offenen Sektionstagung« der Sektion »Internationale Beziehungen« der Deutschen Gesellschaft für Politische Wissenschaft (DVPW) vom 25. bis 27. September 2014 in Magdeburg vorgestellt. Wir danken Lena Partzsch als DiskutantIn und den anderen TeilnehmerInnen und Teilnehmern auf dem Panel sowie den zib-GutachterInnen und -Gutachtern für ihre hilfreichen Kommentare. Die Forschung für diesen Artikel wurde gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Fördernummer: DI 1688/2-1.

Forschung und die darauf basierenden Berichte des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) im Zuge der 1992 verabschiedeten Klimarahmenkonvention (UNFCCC) der Vereinten Nationen (UN) zu einer immer stärkeren Verknüpfung von Klimawandel und Sicherheit.

Trotzdem hat diese Verknüpfung Analytinnen und Analysten immer wieder vor Rätsel gestellt. So haben Buzan et al. (1998: 74, 87, 91) aus der Sicht der sogenannten Kopenhagener Schule (KS) argumentiert, man könne gar nicht von einer erfolgreichen »Versicherheitlichung« (*securitisation*; vgl. Wæver 1995) des Klimawandels sprechen, da die hierfür notwendige Legitimation außergewöhnlicher Maßnahmen bisher ausgeblieben sei. So kann man angesichts des Fokus auf selbstgesteckte Ziele selbst im Hinblick auf das Klimaschutzabkommen von Paris infrage stellen, ob es sich hier wirklich um solche außergewöhnlichen Maßnahmen handelt. Demgegenüber haben aber andere Autorinnen und Autoren überzeugend dargelegt, dass ein solches Abstreiten von Versicherheitlichung vor allem an einer übermäßig restriktiven Auslegung des Sicherheitsbegriffes liegt (Trombetta 2011; Stritzel 2011; Oels/von Lucke 2015). Unsere Analyse in diesem Aufsatz nimmt diesen Gedankenangriff auf. Sie beruht auf einem Ansatz, den wir andernorts detaillierter dargestellt haben (von Lucke et al. 2014; Diez et al. 2016). Er entwickelt die Idee verschiedener Formen von Versicherheitlichung weiter, indem er zwei Dimensionen zu ihrer Unterscheidung vorschlägt: zum einen die Differenzierung zwischen »Bedrohung« und »Risiko«, zum anderen zwischen unterschiedlichen Ebenen, auf denen die Referenzobjekte der Versicherheitlichung angesiedelt sind.

Letztendlich ist die Beurteilung einer fehlgeschlagenen Versicherheitlichung des Klimawandels aber auch auf die vorherrschende globale Perspektive zurückzuführen, die sich nicht nur in den Arbeiten der Kopenhagener Schule im engeren Sinne vorfindet. So haben empirische Untersuchungen der Versicherheitlichung von Klimawandel bislang vor allem die Debatten im Rahmen der Vereinten Nationen untersucht, etwa im Sicherheitsrat (Oels/von Lucke 2015; Penny 2007) oder das auf der UN-Klimarahmenkonvention basierende Klimaregime (Detraz/Betsill 2009; Oels 2011; Rothe 2011; Methmann/Rothe 2012). Wir argumentieren hingegen, dass man globale Klimapolitik immer nur vor dem Hintergrund unterschiedlicher, auch nationaler Klimadebatten verstehen kann. Bislang sind die verschiedenen Formen der Versicherheitlichung von Klimawandel in diesen unterschiedlichen Kontexten aber kaum systematisch erforscht. Sofern sie nicht auf die UN-Ebene fokussiert waren, haben entsprechende Studien bislang zumeist nur einzelne Länder analysiert, vor allem die USA (Brzoska 2009; Floyd 2010; Hartmann 2010; Richert 2011). Solche Einzelfallstudien erlauben aber nicht die Analyse der aus unserer Sicht zentralen Fragen: Wie kommt es dazu, dass Klimawandel in manchen Kontexten versicherheitlicht wird und in anderen nicht? Und wie können wir unterschiedliche Formen dieser Versicherheitlichung nachvollziehen, die ihrerseits unterschiedliche Klima- und Sicherheitspolitiken legitimiert haben? Diese Fragen sind auch für die Analyse des globalen Klimaschutzregimes schon allein deshalb wichtig, weil – wie im weiteren Verlauf noch klar werden wird – verschiedene Versicherheitlichungen gegenläufige politische Konsequenzen nach sich ziehen, die eine Einigung über

einen effektiven Klimavertrag erschwert haben – nicht zuletzt, weil sie zu ganz unterschiedlichen Schlüssen kommen, was effektiver Klimaschutz eigentlich bedeutet.

Zur Beantwortung dieser Fragen haben wir in einer systematisch vergleichenden Studie entlang unseres Analyserasters die Klimaschutzdebatten in vier Ländern untersucht. Zwei davon sind Industrie- (USA, Deutschland) und zwei Schwellenländer (Mexiko, Türkei), die jeweils unterschiedliche Klimapolitiken verfolgen. Wir haben diese Länder ausgewählt, weil sie zeigen, dass der Industrialisierungsgrad allein die Klimapolitik nicht erklären kann. Sowohl was das Pro-Kopf-Einkommen als auch was die Positionen im *Human Development Index* (HDI) anbelangt, ähneln sich unsere beiden Staatenpaare. So hatten Deutschland und die USA 2010 ein Pro-Kopf-Einkommen von 35.700 US-Dollar (USD) bzw. 47.200 USD und wurden im HDI auf Rang 10 bzw. 4 geführt. Mexiko hingegen hatte ein Einkommen von 12.900 USD pro Kopf und die Türkei von 12.300 USD. Mexiko erreichte Rang 56 im HDI, die Türkei Rang 83. Hingegen waren Deutschland und Mexiko von 2008 bis 2013 jeweils in den Top Ten des von *Germanwatch* (2015) erstellten *Climate Change Performance Index*, während sich die Türkei und die USA auf einem gemeinsamen Platz 52 wiederfanden. Auch die Betroffenheit vom Klimawandel erklärt diese Unterschiede in der Politik der vier Länder nicht. Folgt man etwa dem Klimarisikoindex von *Germanwatch* (2014), so liegen wiederum Deutschland und die USA etwa gleichauf (Platz 22 und 26), während Mexiko (Platz 38) und die Türkei (Platz 97) einem geringeren Risiko ausgesetzt sind.

Auch wenn solche Statistiken mit Vorsicht zu genießen sind, bestärken sie doch die Vermutung, dass es zum besseren Verständnis der jeweiligen klimapolitischen Positionen nötig ist, die diskursiven Prozesse hinzuzuziehen. Wir wollen daher im Folgenden durch die Erfassung dieser Prozesse herausfinden, wer unter welchen Bedingungen und mit welchen Folgen für die nationale Politik welche Formen von Versicherheitlichung des Klimawandels durchsetzen kann. Wir werden dabei zeigen, dass der Erfolg von Versicherheitlichung oftmals von der Existenz und den Interessen bestimmter zentraler Akteure abhängt, die wir als »Diskursunternehmer und -innen« bezeichnen, sowie von dem diskursiven Umfeld, auf das sie treffen. Ferner deuten unsere Ergebnisse darauf hin, dass die Form der Versicherheitlichung tatsächlich einen Einfluss auf die Art des Umgangs mit dem Klimawandel hat, und zwar insbesondere darauf, ob sich die vorherrschende Politik auf die Beseitigung der Ursachen (*mitigation*) oder auf den Umgang mit den Konsequenzen des Klimawandels (*adaptation*) konzentriert.

Im folgenden Abschnitt (2.) werden wir unseren Analyseansatz kurz ausführen, um im dritten Teil unsere empirischen Ergebnisse überblicksartig darzustellen (3.). Für jedes Land werden (a) die vorherrschenden Versicherheitlichungen, (b) die dominanten Akteure, (c) die daraus resultierenden Politiken und (d) die Bedingungen für die und die Folgen der Versicherheitlichung (bzw. deren Ausbleiben) aufgezeigt. Dies führt uns bei den Schlussfolgerungen (4.) zu einer vergleichenden Perspektive, in der wir, von den vier Fällen ausgehend, allgemeine Bedingungen für das Gelingen oder Scheitern von Versicherheitlichung diskutieren.

## 2. Analyseansatz: die Formen der Versicherheitlichung

### 2.1. Die Verengung der Kopenhagener Schule

Die sogenannte Kopenhagener Schule (Wæver 1995; Buzan et al. 1998), hat in den 1990er Jahren mit dem Konzept der »Versicherheitlichung« eine Neudefinition von Sicherheit als diskursivem Konstrukt entwickelt. Mittels eines (Sprech-)Akts wird eine Bedrohung als »existenziell« für ein bestimmtes Referenzobjekt dargestellt und das Ergreifen »außergewöhnlicher Maßnahmen« legitimiert (Buzan et al. 1998: 21). Was jedoch konkret unter »außergewöhnlichen Maßnahmen« (im Gegensatz zum »Normalen«) verstanden werden kann, bleibt in der KS unklar (Léonard/Kaunert 2011; Roe 2008). Mit Blick auf die Klimapolitik argumentiert sie, dass die Versicherheitlichung bisher nicht erfolgreich war, da keine außergewöhnlichen Maßnahmen legitimiert wurden. Autorinnen wie Trombetta (2008) und Floyd (2007) haben dagegen argumentiert, dass auch ohne »außergewöhnliche Maßnahmen« durchaus von einem Erfolg ausgegangen werden kann, da es ausreichte, dass durch die Versicherheitlichung Politiken möglich wurden, die andernfalls nicht realisiert worden wären (Floyd 2010; Trombetta 2011). Auch Autorinnen und Autoren wie Knudsen (2001), McDonald (2008), Stritzel (2007), Balzacq (2011), Guzzini (2011) und Oels (2013; Oels/von Lucke 2015) haben dafür plädiert, die relativ engen Regeln für die Identifikation und Analyse der Versicherheitlichung und deren Erfolg weiter zu fassen. In der Folge kam es zu einer Reihe von Arbeiten, die versucht haben, den Versicherheitlichungsprozess gerade in Bezug auf den Klimawandel differenzierter zu fassen und unterschiedliche Formen der Versicherheitlichung zu identifizieren.<sup>1</sup> Diese basieren auf verschiedenen Arten von Referenzobjekten und Bedrohungen und können als unterschiedliche Klima- und Umwelt-Sicherheitsdiskurse aufgefasst werden.

Ausgehend von den vorangegangenen Diskussionen um eine Erweiterung des Konzeptes der Kopenhagener Schule unterscheidet unser Analyseansatz, den wir hier nur verkürzt darstellen können (ausführlich s. von Lucke et al. 2014; Diez et al. 2016), zwischen zwei Dimensionen der Sicherheitskonstruktion (Bedrohung und Risiko) sowie zwischen drei Ebenen von Referenzobjekten (territorial, individuell, global).

### 2.2. Bedrohung und Risiko

Wir gehen davon aus, dass die klassische Versicherheitlichung, welche von einem traditionellen Sicherheitsbegriff ausgeht, um einen zweiten Modus erweitert werden muss, der mit Risikokonzepten operiert (Corry 2012; Aradau/van Munster 2008; Oels 2013). Zwar ist das Argument, dass der Klimawandel auch zu verstärk-

---

1 Detraz/Betsill (2009); McDonald (2013); Brzoska (2009); Grauvogel/Diez (2014); von Lucke et al. (2014).

ten kriegerischen Konflikten führen könne, auf die Staaten sich militärisch vorbereiten müssen, durchaus weit verbreitet. Dennoch werden Gefährdungen im Umweltsektor zumeist eher auf der Grundlage von Wahrscheinlichkeitsszenarien für die fernere Zukunft ermittelt (Buzan et al. 1998: 71, 83). Außerdem haben aus theoretischer Sicht die Pariser Schule der Versicherheitlichung (Bigo 2002; Huysmans 2008) sowie die ihr zugrundeliegenden Arbeiten Michel Foucaults (2006) und anderer Autorinnen und Autoren (Corry 2012; Trombetta 2011; Balzacq 2011; Oels 2011) gezeigt, dass Versicherheitlichungen auch als langfristige, diskursive Prozesse verstanden werden können. Dabei können bestimmte Politiken legitimiert werden, ohne notwendigerweise die von der Kopenhagener Schule postulierten außergewöhnlichen Maßnahmen einzuleiten. Von einer erfolgreichen Versicherheitlichung kann dann gesprochen werden, wenn es zu Politiken kommt, die ohne die Sicherheitsdiskussion nicht als legitim angesehen worden wären (Trombetta 2011).

Im Gegensatz zur klassischen Versicherheitlichung, die meist auf unmittelbare und direkt zu identifizierende Sicherheitsbedrohungen verweist, zielt eine Versicherheitlichung auf Basis des Risikobegriffs auf potenzielle, langfristige und weniger konkrete Risiken (Corry 2012; de Goede 2008).<sup>2</sup> Diese langfristige Komponente führt auch dazu, dass diese Risiken als kontrollierbar dargestellt werden (Beck 2002; Boyle/Haggerty 2012; Rose 1996: 341). In der Literatur wird zunehmend auch eine Erweiterung um radikal unkontrollierbare Risiken, in Anlehnung an Donald Rumsfeld auch als »*unknown unknowns*« bekannt geworden, diskutiert (Daase/Kessler 2007; Aradau/van Munster 2007). Obwohl dies eine ernstzunehmende theoretische Überlegung darstellt, gehen wir in Abgrenzung zu konkreten Bedrohungen weiterhin von einem eher klassischen Risikobegriff aus, da sich der Fokus auf möglicherweise katastrophale, unkalkulierbare Risiken aus unserer Sicht wieder einer klassischen Versicherheitlichung auf Basis des Bedrohungsbegriffs annähert. Zudem zielen politische Strategien häufig ohnehin darauf ab, *unknown unknowns* wieder zu *known unknowns* zu transformieren und damit kalkulierbar zu machen.

Um wieder auf unsere idealtypische Unterscheidung zurückzukommen, bleiben die Referenzobjekte, die in der klassischen KS meist klar benannt werden können, in einer risikobasierten Versicherheitlichung als statistische Risikogruppen eher diffus (Corry 2012: 244, 246; Beck 2000: 41). Zudem können konkrete Sicherheitsbedrohungen aktiv eliminiert werden, während Risiken lediglich mittels Risikomanagement-Maßnahmen kontrolliert werden können (Corry 2012: 245, 247). Eine häufige Form des Risikomanagements ist dabei auch die Versicherung gegen bestimmte Risiken, was bei konkreten existenziellen Sicherheitsbedrohungen keine Alternative ist (Aradau/van Munster 2008).

2 Im Gegensatz zu Daase/Kessler (2007) sehen wir Bedrohung (*danger*) nicht als Oberbegriff für verschiedene Formen von Sicherheit, sondern als Äquivalenzterm für eine klassische Sicherheitskonzeption.

### 2.3. Eine Matrix der Versicherheitlichungen des Klimawandels

In der relevanten Literatur zur Umwelt- und Klimasicherheitsdebatte lässt sich häufig eine Unterscheidung zwischen verschiedenen Referenzobjekten von Sicherheit finden, die jedoch nur selten systematisch mit dem Versicherheitlichungsansatz verknüpft wird.<sup>3</sup> Ausgehend von den dominanten Konzepten der nationalen, der menschlichen und der Umweltsicherheit (Barnett 2001; Pirages 2013; Dalby 2009) gehen wir in unserem Konzept von drei maßgeblichen Ebenen des Referenzobjektes aus: *territorial*, *individuell* und *global*. Neben dem bedrohten Referenzobjekt lassen sich in Versicherheitlichungsprozessen meist auch eine – mehr oder weniger konkrete – Bedrohung, bestimmte Hauptakteure und Gegenmaßnahmen identifizieren, auf die wir im Folgenden ebenfalls kurz eingehen werden.

*Territorial*: Ein in den Debatten zu den möglichen sicherheitsrelevanten Auswirkungen des Klimawandels häufig genanntes Argument ist, dass in einer sich erwärmenden Welt gewaltsame Konflikte oder Kriege häufiger auftreten könnten.<sup>4</sup> Bedrohtes *Referenzobjekt* ist hier der Staat, es geht also um die Bedrohung einer territorialen Ordnung, weshalb wir diese Ebene als territorial bezeichnen. Dabei werden als *Bedrohung* meist nicht die direkten physikalischen Auswirkungen des Klimawandels ausgemacht, sondern indirekte sozioökonomische und politische Probleme. Zum Beispiel könnten knapper werdende Wasservorkommen oder eine reduzierte Nahrungsmittelproduktion zu gewaltsamen Konflikten sowie der Destabilisierung von Staaten und Regionen führen. Die *Hauptakteure*, die durch diese Art der Versicherheitlichung zum Handeln legitimiert werden, sind Staaten. Im Zusammenhang mit der Territorialebene werden oftmals militärisch geprägte Sicherheitskonzepte wie Nationale Sicherheit genutzt. *Gegenmaßnahmen* drehen sich daher häufig um staatliche Interventionen in durch den Klimawandel destabilisierten Regionen, die auch eine militärische Komponente enthalten können.

*Individuell*: Ausgehend von den Diskussionen um die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs (Booth 2005; Ullmann 1983) und dem Begriff der Menschlichen Sicherheit (UNDP 1994) bezieht sich unsere zweite Ebene auf das Individuum. Bedrohtes *Referenzobjekt* sind einzelne Individuen, Gruppen oder eine globale Gemeinschaft von Individuen, wobei als *Bedrohung* die direkten physischen Folgen des Klimawandels genannt werden, wie etwa Wassermangel und Naturkatastrophen. *Gegenmaßnahmen* sind eher entwicklungspolitische Maßnahmen zur Erhöhung der Resilienz und *coping capacity* der Betroffenen. Dabei sind hierzu legitimierte *Hauptakteure* sowohl staatliche Dienste als auch zivilgesellschaftliche Gruppen.

---

3 Einige Autoren (z. B. Barnett, Pirages oder Dalby) haben unterschiedliche Referenzobjekte von Sicherheit in die Debatte eingebracht, allerdings ging es ihnen meist um eine normative Diskussion der Vor- und Nachteile ohne direkten Bezug zum Versicherheitlichungsansatz. Eine Ausnahme stellt Matt McDonald (2013) dar, der ein unserem ähnlichen Modell von Versicherheitlichung entwickelt, jedoch ohne Bezug zur Risiko-Dimension.

4 Homer-Dixon (1991); Nordas/Gleditsch (2007); Barnett/Adger (2007); Scheffran et al. (2012).

*Global*: Die Debatten um Umweltsicherheit (Barnett 2001; Dalby 2002; Pirages 2005) sind der Ausgangspunkt für unsere dritte *Referenzobjekt*-Ebene, in der die Umwelt selbst bzw. das ökologische Gleichgewicht des ganzen Planeten bedroht ist (Grauvogel/Diez 2014). Kern der *Bedrohung* ist die zunehmende menschengemachte Erwärmung des Planeten und die Anreicherung von Treibhausgasen in der Atmosphäre, welche negative Auswirkungen auf das globale Ökosystem haben können. Als *Gegenmaßnahmen* werden häufig internationale Abkommen zur Begrenzung des Treibhausgasausstoßes, der Umbau des globalen Wirtschaftssystems oder andere, spezifischere Umweltschutzmaßnahmen genannt (Brauch 2009). Die *wichtigsten Akteure* sind die internationale Staatengemeinschaft oder einzelne (Industrie-)Staaten und Zusammenschlüsse der größten Emittenten. Besonders Nichtregierungsorganisationen (NGOs) im Umweltbereich, kirchliche Organisationen, aber auch Klimaforscherinnen und -forscher selbst nutzen diesen Diskurs.

Die zwei Dimensionen von Versicherheitlichung (Bedrohung und Risiko) sowie die Unterscheidung zwischen drei Referenzobjekt-Ebenen zusammengenommen, führen unser Konzept zu sechs unterschiedlichen Diskursen von Klimasicherheit: *territoriale Bedrohung*, *territoriales Risiko*, *individuelle Bedrohung*, *individuelles Risiko*, *globale Bedrohung* und *globales Risiko*. Tabelle 1 fasst die sechs Diskurse noch einmal zusammen.

Tabelle 1: *Klimasicherheitsdiskurse*

Logik der Versicherheitlichung	Sicherheit	Risiko
Ebene des Referenzobjektes		
<b>Territorial</b> <i>Sprechakt:</i>	Territorialsicherheit <i>Klimawandel als Konfliktverstärker und Bedrohung für staatliche Ordnung</i>	Territorialrisiko <i>Klimawandel als Langzeitrisiko für Risikoregionen</i>
<b>Individuell</b> <i>Sprechakt:</i>	Individualsicherheit <i>Klimawandel als Bedrohung einzelner Menschen und ihrer Lebensgrundlagen</i>	Individualrisiko <i>Klimawandel als Gefahr für bestimmte Individuen in Risikogruppen</i>
<b>Global</b> <i>Sprechakt:</i>	globale Sicherheit <i>Klimawandel als direkte Bedrohung von Ökosystemen und des gesamten Planeten</i>	globales Risiko <i>Klimawandel als potenzielles Risiko für das ökologische Gleichgewicht mit unvorhersehbaren Folgen</i>

#### 2.4. Zur Methode der komparativen Prozessanalyse

Diskursive Prozesse wie Versicherheitlichungen lassen sich in erster Linie in qualitativen Fallstudien über eine Verknüpfung von Diskurs- und Prozessanalyse untersuchen. Unsere Analyse baut dabei auf drei Pfeilern auf:

(1) einer systematischen Auswertung von zentralen NGO-Dokumenten in allen vier Ländern, die dazu diente, die Propagierung bestimmter Sicherheitsbegriffe festzuhalten: Die Auswahl fand zunächst auf Grundlage der Sekundärliteratur (und dann auch nach dem Schneeballprinzip aus den NGO-Dokumenten heraus) sowie einer damit einhergehenden Netzwerkanalyse statt;

(2) einer Analyse der Parlamentsdebatten in den vier Fällen (126 Debatten in Mexiko, 88 in Deutschland, 90 in der Türkei, 270 in den USA): Auch hier standen die Herausarbeitung der Versicherunglichungsformen, der expliziten Verweise auf NGO- oder wissenschaftliche Berichte sowie der Übernahme von Argumentationsmustern im Vordergrund;

(3) ausgedehnten Interviews mit zentralen Akteurinnen und Akteuren: Dazu zählten die in den Schritten 1 und 2 bereits identifizierten Protagonisten sowie weitere Akteure und Akteurinnen, die sich im Schneeballverfahren aus den Interviews ergaben. Die Interviews dienten vor allem der Analyse des Verlaufs des Versicherunglichungsprozesses und der Rolle spezifischer Akteurinnen und Akteure. Insgesamt wurden pro Land im Durchschnitt 20 bis 25 Interviews geführt.<sup>5</sup>

### 3. Empirie: die Versicherunglichung des Klimawandels in vier Ländern

In diesem Kernstück unseres Artikels wenden wir unser Analyseraster auf unsere vier Länderfälle an und analysieren die relevanten Politikprozesse seit 1990 (bis 2014), da um diese Zeit die Behandlung des Klimawandels als politisches Thema im größeren Umfang begann. Ziel ist es, die vorherrschenden Versicherunglichungen, die zentralen Akteure und Akteurinnen und die damit legitimierten Politiken sowie die Bedingungen für und Folgen der (fehlenden) Versicherunglichungen aufzuzeigen.

#### 3.1. USA: die Integration des Klimawandels in die Planungen des Verteidigungssektors

Im Zuge der internationalen Diskussion um eine Bedrohung durch den Klimawandel und der Gründung des IPCC im Jahre 1988 sowie aufgrund der wissenschaftlichen Debatten um Umweltsicherheit begann die Verknüpfung von Klimawandel und Sicherheit auf politischer Ebene in den USA bereits in den 1990er Jahren. Unter Präsident Bush Sr. wurde der Klimawandel das erste Mal explizit in der »Nationalen Sicherheitsstrategie« als wichtiges Umweltproblem erwähnt (The White House 1991: 2, 22) und einige Jahre später unter Clinton gar als »[...] serious enough to jeopardize international stability [...]« bezeichnet (The White House 1994: 15). In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre führte die Debatte zu verschiede-

---

<sup>5</sup> Die für die empirische Analyse erhobenen Daten werden auf fachlich begründete Anfrage an die zib-Redaktion gerne von den Autoren und der Autorin zur Verfügung gestellt.

nen Politiken an der Schnittstelle zwischen Klimawandel und Sicherheit. Dazu gehörten die Gründung eines Büros, das sich mit den Wechselwirkungen zwischen Militäroperationen und -basen und Umweltfragen auseinandersetzte, oder die Einsetzung eines Programms, welches erlaubte, Kapazitäten der Nachrichtendienste für Umweltbeobachtungen zu nutzen (Floyd 2010: 80, 95). Mit dem Ende der Präsidentschaft Clintons trat die Debatte allerdings zunehmend in den Hintergrund<sup>6</sup> (Harris 2002: 153) und wurde erst 2003 mit einer Studie im Auftrag des Pentagons wiederaufgenommen (Schwartz/Randall 2003). Wirklich Fahrt nahm die Klimasicherheitsdebatte erst um das Jahr 2007 mit der Veröffentlichung eines Berichts des halbstaatlichen Thinktanks *CNA* auf, in dem der Klimawandel als Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA dargestellt wurde (CNA 2007).<sup>7</sup> In der Folge wurden weitere Thinktank-Berichte veröffentlicht<sup>8</sup> und eine rege Debatte in der Öffentlichkeit und im Kongress über die sicherheitsrelevanten Auswirkungen des Klimawandels angestoßen (Mildner/Richert 2010: 12).

Betrachtet man diese Debatte mithilfe unseres Analyserasters im Hinblick auf die *dominanten Klimasicherheitsdiskurse* wird deutlich, dass vor allem ab Mitte der 2000er<sup>9</sup> die Bedrohungsdimension überwiegt und die Referenzobjekte vor allem auf territorialer Ebene ausgemacht werden: »Projected climate change poses a serious threat to America's national security« (CNA 2007: 6). Zwar wird die Individualebene auch genutzt, auffällig ist dabei allerdings, dass der individuelle Bedrohungsdiskurs meist keineswegs isoliert auftaucht, sondern mit der territorialen Ebene verknüpft wird. Er dient häufig lediglich als Einstieg in eine Kausalkette, die am Ende die nationale Sicherheit bedroht sieht:

»A health emergency involving large numbers of casualties and deaths from disease can quickly expand into a major regional *or global security* challenge that may require military support, ranging from distribution of vaccines to full-scale stability operations« (CNA 2007: 15; eigene Hervorh.).

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Abwehr der Bedrohungen umfassen einerseits Mitigationsmaßnahmen wie Emissionshandelssysteme, die Verbesserung der Energieeffizienz und multilaterale Kooperationsabkommen (Campbell et al. 2007: 19, 89, 109), andererseits aber auch häufig Adaptations- und Resilienzmaßnahmen. Diese beinhalten vor allem die Vorbereitung des Militärs auf Klimafolgen, was so-

6 Gründe hierfür waren, dass mit Al Gore ein einflussreicher Klima-Aktivist das Weiße Haus verließ und mit George W. Bush ein Präsident gewählt worden war, der am Anfang seiner Amtszeit noch nicht einmal die Existenz des Klimawandels anerkannte. Darüber hinaus überlagerte nach dem 11. September 2001 der »Kampf gegen den Terror« alle anderen Sicherheitsdiskussionen (Floyd 2010: 122).

7 Mittlerweile ist ein Update dieses Reports erschienen, welches ebenfalls wieder recht große Aufmerksamkeit erregte (CNA Military Advisory Board 2014).

8 Berichte wurden veröffentlicht von den Thinktanks *Center for a New American Security* (CNAS), *Center for Strategic and International Studies* (CSIS), *American Security Project* (ASP), *Center for American Progress* (CAP), *Wilson Center*, *Rand*, *Operation Free*, *Council on Foreign Relations* (CFR), *Brookings Institution*, *Center for Climate Change Energy and Security* (C2ES) und *Center for Climate and Security*.

9 In den 1990ern und Anfang der 2000er waren die globale und die Individualdimension noch häufiger vertreten (U. S. Senate 1997; 2003).

wohl die Anpassung eigener Basen als auch die Planung von Einsätzen in Krisengebieten oder nach Naturkatastrophen umfasst (McGrady et al. 2010: 35; Campbell et al. 2007: 108).

Die Engführung auf den militärischen Sektor in den USA hängt stark mit der *Akteursstruktur* zusammen. So waren es in erster Linie sicherheits- und verteidigungspolitische Thinktanks, die als Diskursunternehmer den Klimawandel als Sicherheitsbedrohung darstellten. Diese Thinktanks hatten im Vergleich mit unseren anderen Länderfällen einen ungewöhnlich großen Einfluss auf die politische Debatte. Ausgangspunkt für das Aufgreifen des Klimasicherheitsarguments Mitte der 2000er war die zerfahrene Klimapolitik in den USA, die aufgrund einer stark ideologisch aufgeladenen und polarisierten Diskussion zwischen Republikanern und Demokraten seit Jahren nicht vorwärtsgekommen war (Fletcher 2009; Brzoska 2012: 172). In dieser Situation erkannten Thinktanks wie CNA, CNAS und CSIS unter der Federführung erfahrener und gut vernetzter Individuen (vor allem Sherri Goodman und Kurt Campbell) die Chance, der Debatte eine neue Richtung zu geben.<sup>10</sup> Zum einen handelten sie aus der Überzeugung, dass der Klimawandel auch sicherheitsrelevante Folgen haben könnte<sup>11</sup> zum anderen aber auch aus strategischen Erwägungen. So genießt das Militär in der US-amerikanischen Öffentlichkeit ein hohes Ansehen und wird als politisch neutraler, ehrlicher Makler wahrgenommen.<sup>12</sup> Durch die Einbeziehung des Militärs sollten konservative Kreise von der Realität und Dringlichkeit des Klimaproblems überzeugt und das Thema außerdem entpolitisiert werden (vgl. auch Fletcher 2009: 808): »Since climate change is a national security concern, trusted members of the security policy community, especially the military, can act to tilt policy discussions toward evidence-based conclusions« (Rogers/Gulledge 2010: 22). Hierfür war es allerdings unabdinglich, dass die Thinktanks selbst glaubwürdig mit militärischen Institutionen reden konnten. Klassische Umwelt-NGOs wie *Greenpeace* waren in der US-amerikanischen Klimasicherheitsdebatte daher aus gutem Grund kaum aktiv. Obwohl sie durchaus die Chancen einer versicherheitlichenden Argumentation sahen, hielten sie sich nach informellen Absprachen mit den Thinktanks zurück, um die Glaubwürdigkeit des Klimasicherheitsarguments nicht durch ihr liberales, politisch parteiisches Image zu beschädigen.<sup>13</sup>

---

10 Eine wichtige Rolle spielten zudem Fördergelder einflussreicher Stiftungen wie der *Energy Foundation*, der *Rockefeller Foundation* und der *Carnegie Foundation*, die zu der Zeit ebenfalls die Chance sahen mithilfe des Klimasicherheitsarguments neuen Schwung in die Klimadebatte zu bringen (Interview zu Klimawandel und Sicherheit mit NGO-Expertinnen und -Experten in Washington, D.C. am 28.5.2014).

11 Häufig mit Verweis auf das globale Engagement des US-amerikanischen Militärs, das bei Konflikten, aber vor allem nach Umweltkatastrophen oftmals der erste Akteur am Ort des Geschehens ist und so von möglichen globalen Klimafolgen direkt betroffen sein wird (Interview zu Klimawandel und Sicherheit mit NGO-Expertinnen und -Experten in Washington, D.C. am 3.6.2014).

12 Gallup 2014: Confidence in Institutions, in: <http://www.gallup.com/poll/1597/confidence-institutions.aspx>; 25.8.2014.

13 Interview zu Klimawandel und Sicherheit mit NGO-Expertinnen und -Experten in Washington, D.C. am 16.5.2014.

Die Motivation der meisten Akteure war weniger eine Verbesserung der Klimapolitik, sondern in erster Linie eine Berücksichtigung der sicherheitsrelevanten Klimafolgen durch die Verteidigungsorgane – was auch die Dominanz des territorialen Bedrohungsdiskurses und des Militärs als Referenzobjekt erklärt. Die im Zuge dieser Versicherheitlichung *legitimierten Politiken* finden sich deshalb vornehmlich im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es gab zwar vor allem im Zeitraum zwischen 2007 und 2010 unzählige Gesetzesvorlagen und Debatten im Kongress, die den Klimawandel als Sicherheitsproblem einstuften, um eine allgemeine Klimagesetzgebung voranzutreiben (C2ES 2008a; U. S. Senate 2008: S4990). Allerdings scheiterten letzten Endes alle daran, ein Gesetz im Kongress durchzusetzen (C2ES 2008b).

Handfestere Veränderungen waren im Sicherheits- und Verteidigungssektor zu finden, wo der Klimawandel ab 1991 in fast allen Nationalen Sicherheitsstrategien auftauchte. Ab 2008 wurde er in den Nationalen Verteidigungs- und Militärstrategien (DOD 2008: 5), 2010 das erste Mal im einflussreichen *Quadrennial Defense Review* (QDR) und später auch im QDR 2014 erwähnt (DOD 2010; 2014). Dies führte zur Integration von Klimafolgen in eine ganze Reihe weiterer Planungsszenarien im Verteidigungssektor. Sowohl das Pentagon als auch die Navy stellten eigene *Climate Roadmaps* vor (DOD 2012; U. S. Navy 2010), die Navy gründete eine *Task Force on Climate Change* (U. S. Navy 2009) und das *Department for Homeland Security* integrierte Klimafolgen in seine *National Infrastructure Protection Plans* (DHS 2013). Im Jahr 2013 bezeichnete Navy-Admiral Locklear den Klimawandel gar als größte Langzeitbedrohung im asiatisch-pazifischen Raum (Bender 2013). Auch der Geheimdienstsektor griff das Thema auf: Die *Central Intelligence Agency* (CIA) gründete 2009 ein eigenes *Center for Climate Security*, der Klimawandel wurde in das *Intelligence Estimate 2008* (Fingar 2008) aufgenommen und in der Folge in den *Annual Threat Assessments* (Blair 2009) erwähnt. Schlussendlich fand der Klimawandel unter anderem aufgrund medial stärker wahrgenommener Klimafolgen für die USA selbst Eingang in diverse Katastrophenschutzpläne (FEMA 2012). Die Konsequenz der Versicherheitlichung war also in erster Linie eine Integration des Klimathemas in die Planungen des Sicherheits- und Verteidigungssektors, von anderen auch treffend als »Klimatisierung« bezeichnet (Brzoska/Oels 2011). Obwohl das erklärte Ziel vieler Thinktanks auch die Öffnung der Debatte für Mitigationsmaßnahmen war<sup>14</sup>, führte der dominante Diskurs erst einmal dazu, dass Adaptations- und Resilienzmaßnahmen in den Vordergrund traten, da diese einfacher mit den verteidigungspolitischen Planungen in Einklang zu bringen waren.<sup>15</sup>

14 Interview zu Klimawandel und Sicherheit mit NGO-Expertinnen und -Experten in Washington, D.C. am 13.5.2014.

15 Das bedeutet nicht, dass Mitigation völlig aus dem Blickfeld geriet. So gibt es auch einige Initiativen im Verteidigungssektor, die auf Energieeffizienz und grüne Energien setzen (Interview zu Klimawandel und Sicherheit mit Staatsbediensteten in Washington, D.C. am 30.5.2014.).

Wie bereits deutlich geworden ist, sind die *Bedingungen* für die erfolgreiche Versicherheitlichung des Klimawandels in den USA vielfältig. So konnten die beteiligten Akteure und Akteurinnen auf Wissen und Kontakte aus der früheren Umweltsicherheitsdebatte aufbauen. Zudem spielte der große Einfluss sicherheitspolitisch ausgerichteter Thinktanks und ihre gute Vernetzung mit der Politik eine große Rolle. Darüber hinaus war das ungewöhnlich hohe Vertrauen in das Militär ein entscheidender Faktor. Schließlich kann die fast vollständige Abwesenheit klassischer Umwelt- oder Menschenrechts-NGOs in der Debatte erklären, warum weniger Diskurse genutzt wurden, die in erster Linie auf die Umwelt selbst oder bedrohte Menschen hinweisen.

### 3.2. Deutschland: der ambivalente Vorreiter

Obwohl in Deutschland eine erste Welle von Versicherheitlichungsversuchen bereits in den 1980ern<sup>16</sup> parallel zum internationalen Diskurs aufkam, nahm die Klimasicherheitsdebatte besonders ab Mitte der 2000er Fahrt auf (Brauch 2009). Insbesondere der Bericht des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) »Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel« (WBGU 2007a), der im Mai 2007 veröffentlicht wurde, erfuhr große Beachtung (Richert 2012). Ähnlich wie in den USA erreichte der deutsche Klimasicherheitsdiskurs von 2007 bis zum Klimagipfel in Kopenhagen (2009) seine stärkste Ausprägung und war nun auch massiver denn je in den Medien vertreten (Norck 2012: 27). Neue, spezialisierte Arbeits- und Forschungsbereiche zu Klimawandel und Sicherheit (z. B. der Exzellenzcluster *Integrated Climate System Analysis and Prediction*, CliSAP, in Hamburg oder das Kompetenzzentrum für Klimaschutz und Klimaanpassung, CLIMA, in Kassel) entstanden, und Thinktanks, NGOs, und Regierungsorganisationen, darunter adelphi (2009), die Stiftung Mercator und die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ, früher GTZ), thematisierten den Klimawandel als Sicherheitsproblem (GTZ 2008; adelphi 2011).<sup>17</sup> Auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier bezeichnete den Klimawandel auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 erstmals als eine Frage der nationalen und internationalen Sicherheit (Steinmeier 2007) – ein Argument, das er mittlerweile mit der Aussage, die Klimapolitik sei ein »Pfeiler der deutschen Außenpolitik« verbunden hat (Steinmeier 2014).

Die *Versicherheitlichungsdiskurse* in Deutschland müssen stets im gesamteuropäischen Kontext verstanden werden. Entsprechend hat auch der WBGU-Bericht von 2007 die Beschäftigung mit dem Klimawandel als Sicherheitsproblem als Zukunftsaufgabe der EU dargestellt (WBGU 2007a: 1, 8-9). Mit Blick auf die Referenzobjekte steht im deutschen Diskurs, im Gegensatz zu den USA, die individuelle

16 DER SPIEGEL, 11.8.1986: 122-134.

17 Interview zu Klimawandel und Sicherheit mit NGO-Expertinnen und -Experten in Essen am 23.4.2014.

Ebene im Vordergrund. Das Augenmerk liegt auf schwachen und gefährdeten Individuen in ebensolchen Gesellschaften (Brzoska/Oels 2012; WBGU 2007b: 1-6): »Ein ungebremster Klimawandel kann existenzielle Lebensgrundlagen gefährden, zur Aushöhlung menschlicher Sicherheit führen und in diesem Sinne zur Verletzung von Menschenrechten beitragen« (WBGU 2007a: 10). Die territoriale Ebene taucht in Deutschland deutlich zurückhaltender auf als in den USA, allerdings wird im Zusammenhang mit der individuellen Ebene auf das Konfliktpotenzial durch Klimawandel-Phänomene wie Ressourcenverknappung hingewiesen (Auswärtiges Amt 2011). Die insbesondere in Bezug auf territoriale Bedrohung eher entwarnende Haltung zeigt sich bei Aussagen wie: »Es werden keine Massen von Menschen Deutschland oder Europa stürmen« (Wagner 2010). Dies korreliert gleichzeitig mit einem Bewusstsein für humanitär verschärfte Situationen in betroffenen Regionen, in denen Resilienz geschaffen werden muss. Neben entwicklungspolitischen Akteuren wie der GIZ vertreten besonders humanitäre Organisationen wie die Diakonie, Oxfam und der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) den individuellen Sicherheitsdiskurs. Besonders bei kirchlichen Trägern wird aber auch häufig auf die globale Bedrohung verwiesen (EKD 1985; 1995). Vor allem wissenschaftliche Akteure und Akteurinnen distanzieren sich mittlerweile oftmals bewusst von einer alarmierenden Rhetorik (Schellnhuber 2011).<sup>18</sup> Dies kann auch als das Ergebnis eines Lernprozesses der Expertinnen und Experten verstanden werden (vgl. von Storch 2011).

Bezüglich der analytischen Unterteilung in Bedrohungs- und Risikodimension variieren die Schwerpunkte. Der seit den 1990ern auf der Bedrohungsdimension liegende Schwerpunkt wird ab der zweiten Hälfte der Nullerjahre immer häufiger um die Risikodimension ergänzt, bleibt aber weiter dominant. Mit dem Rückgang der Versicherheitlichungsversuche auf internationaler Ebene nach dem klimapolitischen Rückschlag in Kopenhagen nimmt schließlich ab 2009 auch in Deutschland die Intensität der Diskussion ab. Insgesamt scheint sich bei vielen Akteurinnen und Akteuren nach dem Höhepunkt von 2007 bis 2009 eine strategische Wende in der Rhetorik vollzogen zu haben, die weg vom Alarmismus und hin zu objektiveren Argumenten mit konkreteren praktischen Handreichungen für die Politik führte und wiederum häufiger die Risikodimension bemüht (Töpfer 2010; Latif 2014).

*Einflussreiche versicherheitlichende Akteure* in Deutschland waren, anders als in den USA, anfangs vor allem die Wissenschaft und die auf deren Erkenntnissen aufbauende Zivilgesellschaft mit Organisationen wie *Greenpeace*, *World Wide Fund For Nature* (WWF) und anderen Umwelt-, aber auch Entwicklungshilfeorganisationen. Vor allem auch weil Deutschlands Klimaforschungslandschaft seit Anfang der 1990er Jahre als eine der besten der Welt gilt (Krueck et al. 1999), wurden ihre Erkenntnisse stark weiterverbreitet (Schmidt 2012: 69). Hierfür ist das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) exemplarisch, das an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und (internationaler) Politik agiert und dabei von einer breiten natio-

---

18 Interview zu Klimawandel und Versicherheitlichung mit Dirk Messner (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, DIE) in Bonn am 24.4.2014.

nalen und internationalen Öffentlichkeit gehört wird. Das PIK inbegriffen, haben vor allem die Akteurinnen und Akteure im WBGU die Verknüpfung von Klimawandel und Sicherheit weiter in andere Institutionen, wie zum Beispiel in das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) oder das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie getragen.<sup>19</sup> Zudem haben Thinktanks wie adelphi, *Germanwatch*, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und *Climate Analytics*, oft auch in direkter Kooperation mit Wissenschaftsakteuren wie dem PIK, eine wichtige Rolle in der Debatte gespielt (PIK 2012; Bojanowski 2013; Nicola 2013; SWP 2015). Der Einfluss auch einzelner Expertinnen und Experten und die Verflechtung der deutschen mit der internationalen Debatte wurde deutlich, als Hans-Joachim Schellnhuber, Direktor des PIK, als einer der hochrangigen Redner in der UN-Sicherheitsratsdebatte 2013 auftrat (Germanwatch 2013). Insgesamt führte in Deutschland das Fehlen stark militärisch und sicherheitspolitisch geprägter Akteure sowie die gleichzeitige Präsenz zahlreicher kirchlicher, humanitärer und umweltgeprägter NGOs, zusammen mit dem starken Einfluss der Klimawissenschaft zur vorliegenden, eher auf die individuelle und die globale Ebene abzielenden, Klimasicherheitsdebatte. Beachtenswert ist zudem der Einfluss der Partei Bündnis 90/Die Grünen als in unserem Ländervergleich einziger nennenswerter aktiver politischer Partei. Außen- und Sicherheitspolitik bedeutet für sie auch die Bewältigung der »Klimakrise«, mit der es ihr immer wieder gelang, die deutsche Umwelt- und Klimapolitik nachhaltig zu prägen (Weidner/Mez 2008: 356-378).

Mit Blick auf die durch die Versicherheitlichung verstärkt *legitimierten Politiken*, zielt die deutsche Politik, im Gegensatz zu der US-amerikanischen, vor allem auf Reduktionsmaßnahmen und weniger auf Anpassung oder gar militärische Planungen (Bülow 2004). Die Verbindung von Klimawandel und Konflikt wird eher als vermeidbar und abwegig dargestellt und der Fokus liegt auf Entwicklungshilfe- und Stabilisierungsmaßnahmen. So hat die Bundeswehr das Thema Klimasicherheit nur zögerlich aufgenommen und öffentlich diskutiert und keineswegs so umfassend in ihre Planungen integriert, wie es in den USA geschehen ist (Bundeswehr 2012: 143-149). Entsprechend sind es auch nicht das Verteidigungsministerium oder das Militär, die sich verstärkt dem Klimawandel als Sicherheitsproblem angenommen haben, sondern das Entwicklungsministerium, das Umweltministerium, das Bildungs- und Forschungsministerium sowie allen voran das Auswärtige Amt (BMZ 2011; Auswärtiges Amt 2011). Hier wurden neue Konzepte wie »*climate diplomacy*« (Pieper 2011) entwickelt und neue Stellen und Zuständigkeiten für Klimawandel geschaffen. Eine weitere Entwicklung in diesem Zusammenhang ist die Energiewende. Diese ist zwar in erster Linie als Reaktion auf die Fukushima-Katastrophe zu sehen, allerdings spielten Klimasicherheitsdiskurse im Vorfeld eine wichtige Rolle als Wegbereiter. So wurde die Energiewende schon früh, vor allem auch im WBGU-Bericht, als Maßnahme und Antwort auf den Klimawandel als Sicherheitsbedrohung vorgeschlagen (WBGU 2007a: 1-9; Richert 2012).

---

19 Interview zu Klimawandel und Sicherheit mit einem Experten in Bonn am 24.4.2014.

Als besondere *Bedingungen für die erfolgreiche Versicherheitlichung* des Klimawandels in Deutschland kann zum einen die gut finanzierte und ausdifferenzierte Forschungslandschaft (DWD 2013) und deren starker Einfluss auf Medien, Öffentlichkeit und Politik gelten, zum anderen aber auch das Fehlen einflussreicher sicherheitspolitischer Thinktanks in der Klimasicherheitsdebatte. In Deutschland herrscht zudem, nicht zuletzt aufgrund seiner politischen Kultur (Kilian 2012: 343), eine größere Offenheit gegenüber wissenschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und entwicklungspolitischen Argumentationen und gleichzeitig eine größere Skepsis gegenüber militärischen Akteuren, insbesondere im Vergleich mit den USA. Die postmaterialistische Kultur hat sich in Deutschland unter anderem im Zuge der Friedens- und Umweltbewegung fest im Bewusstsein – und in Form der Grünen Partei auch in der Politik – verankert. Abschließend ist festzuhalten, dass der Weg für Umwelt- und Klimathemen in die Politik kürzer und direkter ist und so operieren zumindest nicht-militärisch versicherheitlichende Akteure und Akteurinnen insgesamt in einem freundlichen Milieu.

### 3.3. *Türkei: Versicherheitlichung von außen und »counter-securitisation«*

Ein Umweltbewusstsein kam in der Türkei, ähnlich wie in den anderen Fällen, erstmals in den 1980er Jahren auf (Çavlak 2012: 507). Dies wurde aber nicht explizit mit Klimawandel verknüpft und brachte keine tiefgreifenden Änderungen des radikalen entwicklungs- und wachstumspolitischen Fahrplans mit sich. Klimapolitisch hat sich das Land vor allem aufgrund eines Gefühls der Ungleichbehandlung lange nicht bewegt und auch aus dem internationalen Prozess weitgehend herausgehalten. Bereits 1992 wurde das internationale Klimaregime als »Last« und die Haltung des Westens als »Doppelmoral« in Parlamentsdebatten diskutiert (TBMM 1992). Klimawandel spielt in der Türkei bisher nur einen Bruchteil der Rolle, den er in unseren anderen Länderfällen spielt (vgl. Burck et al. 2012). Die Klimasicherheitsdebatte hat das Land zwar im Jahr 2007 erreicht, die Durchschlagskraft und Reichweite war aber so gering, dass man nicht wirklich von einer »Debatte« sprechen kann. Es liegen lediglich punktuelle Beiträge und Aussagen vor, die vereinzelt als Versicherheitlichungsversuche gewertet werden können (so z. B. Eslen 2007). Sie sind weitgehend ohne Effekt geblieben,<sup>20</sup> bzw. wurden von »Gegen-Versicherheitlichungen« im Bereich Energiepolitik und Wirtschaftswachstum unterdrückt (Şahin 2014).

Vor diesem Hintergrund von *vorherrschenden Versicherheitlichungen* zu sprechen, bedeutet eine Bezugnahme auf einen Diskurs, der innerhalb einer kleinen Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Bürokratinnen und Bürokraten sowie zivilgesellschaftlich Engagierten stattfindet<sup>21</sup> (vgl. Şahin 2014). Die breite Öffentlichkeit und wichtige Entscheidungsträger und Meinungsmacher sind bisher nicht nachhaltig erreicht worden. Im Klimasicherheitsdiskurs der Elite trifft

---

20 Interview mit Experten zu Klimawandel und Sicherheit in Istanbul am 27.8.2014.

21 Interview mit Mahir Ilgaz (von der NGO *350.org Turkey*) in Istanbul am 27.8.2014.

man hauptsächlich auf rhetorische »Importe«, d. h. im Prinzip mehr oder weniger glaubwürdig kopierte Phrasen und Argumente, die aufgrund fehlender politischer Handlungen wenig überzeugend erscheinen. Als Beispiel kann hier die Rede von Präsident Erdoğan auf dem UN-Klimagipfel 2014 in New York dienen.<sup>22</sup> Ausnahmen sind einige wenige unabhängig agierende Umweltaktivisten und -bewegungen.<sup>23</sup> Der Klimawandeldiskurs scheint zumindest auf der Regierungsebene bisher eher aus dem Kontext des Beitritts zur Europäischen Union (EU) durch politischen Druck oder für neue Finanzierungsquellen übernommen worden zu sein.<sup>24</sup> Vereinzelte Ansätze einer Klimasicherheitsdiskussion können zwischen 2007 und 2009 ausgemacht werden, als der britische Außenminister David Miliband im Vorfeld des Klimagipfels von Kopenhagen an einer Sitzung der türkischen Umweltkommission im Parlament teilnahm und dort die Sicherheitsbedrohungen der globalen Erwärmung darlegte (TBMM 2009). General a. D. Nejat Eslen ist wahrscheinlich der einzige Militärangehörige in der Türkei, der den Klimawandel 2007 öffentlich als Sicherheitsbedrohung dargestellt hat:

»Der Klimawandel muss in der Türkei als ein ernstzunehmendes Sicherheitsproblem anerkannt werden. [...] Der Klimawandel führt hier zu Ernteeinbußen, Gesundheitsproblemen, Wasserarmut und Migration und kann Wegbereiter für Spannungen und Konflikte sein« (Eslen 2007; eigene Übers.).

Laut Eslen muss die Türkei als Besitzerin wichtiger Wasservorkommen in der Region den durch den Klimawandel bedingten Effekten begegnen und sich wappnen (Eslen 2007). Eslens Art der Versicherheitlichung zielt eher auf die Bedrohungsdimension und weist Ähnlichkeiten mit dem US-amerikanischen Diskurs auf.

Von politischer Seite wird der Klimawandel meist nur dann als Sicherheitsproblem artikuliert, wenn sich konkrete Effekte wie Wasserarmut und damit einhergehende landwirtschaftliche Ertragseinbußen, vor allem für die Landbevölkerung, zeigen, die für die Politik spürbare Folgen wie Stimmenverluste haben könnten (Baluken 2014; TBMM 2014b). Zudem zeichnet sich die Haltung unter türkischen Entscheidungsträgern und Meinungsmachern, trotz vereinzelter Versicherheitlichungsversuche, vor allem durch eine Skepsis und Resistenz gegenüber der Artikulation von Klimasicherheit aus, welche sich in den untersuchten Parlamentsdebatten widerspiegeln (TBMM 1992; 2007). Meist werden etwa Problematiken wie Wasserarmut und Dürre gar nicht in Verbindung mit dem Klimawandel gebracht.<sup>25</sup>

Was die *relevanten Akteurinnen und Akteure* in der türkischen Klimasicherheitsdebatte anbelangt, kamen neben Miliband auch andere wichtige versicherheitlichende Akteure meist von außen, wobei hier die EU im Rahmen des Erweiterungsprozesses eine besondere Rolle spielt. Auch Organisationen wie das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und NGOs wie *350.org*, *Greenpeace*

22 Hürriyet, 23.9.2014, in: <http://www.hurriyet.com.tr/cumhurbaskani-erdogan-iklim-zirvesi-nde-konustu-27262342>; 18.8.2016.

23 NTV, 8.11.2012, in: <http://www.ntv.com.tr/arsiv/id/25395916/>; 18.8.2016.

24 Interview mit Mahir Ilgaz (von der NGO *350.org Turkey*) in Istanbul am 27.8.2014.

25 Interview zu Klimawandel und Sicherheit mit einem Wissenschaftler in Istanbul am 10.9.2014.

oder WWF sind im Klima-(Sicherheits-)Diskurs aktiver als die meisten nationalen Akteure (Şahin 2014: 125). Aufgrund der schwachen institutionellen Struktur sind die Rollen von Einzelpersonen und Aktivistinnen und Aktivisten umso wichtiger, da sie meist relativ eng mit der internationalen Ebene vernetzt sind. Allerdings engagieren sie sich meist eher im Allgemeinen für Umwelt- und Klimathemen und Versicherheitlichungsversuche vonseiten türkischer Akteure oder Aktivistinnen stellen eine Ausnahme dar. Sie verweisen in ihrer Argumentation zudem oft auf die zuvor genannten internationalen Akteure wie das UNFCCC und den IPCC, um überhaupt wahrgenommen zu werden. Es gibt nur eine vergleichsweise geringe und meist nicht auf die Klimaproblematik spezialisierte Zahl von NGOs<sup>26</sup>, die zudem untereinander wenig vernetzt sind.<sup>27</sup> Häufiger sind es Umwelt-NGOs wie z. B. die TEMA-Stiftung, die sich den Klimawandel mit auf die Fahnen schreiben, deren eigentliche Interessen aber anderswo liegen.

In konkreten *Politiken* hat der Klimawandel als Sicherheitsproblem zwar vereinzelt Erwähnung gefunden, im türkischen Sicherheitsdiskurs spielt bisher jedoch lediglich das Problem möglicher Wasserkonflikte eine Rolle (vgl. TBMM 2014a). Dieses eher kurzfristige und stark territorial geprägte Denken ist bezeichnend für den türkischen Klimawandeldiskurs. Von konkreten Phänomenen wie Hitze und Wasserarmut wird die Brücke hin zum größeren Problem des Klimawandels meist nicht geschlagen (vgl. Baluken 2014). Infolgedessen spielt auch die Darstellung des Phänomens als Sicherheitsproblem kaum eine Rolle.

Mit Blick auf die *Vorbedingungen* dieser gescheiterten Versicherheitlichung ist die wenig institutionalisierte und schwache wissenschaftliche Forschung und Zivilgesellschaft, und damit das Fehlen von Akteurinnen und Akteuren, die eine Versicherheitlichung vorantreiben könnten, als wichtiger Grund hervorzuheben. Besonders im Vergleich zu Ländern wie Deutschland und den USA fällt die fehlende Infrastruktur und geringe Förderung der Forschung im Allgemeinen, und auch in Bezug auf den Klimawandel auf. Nur wenige Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie Forschungszentren und Universitäten beschäftigen sich überhaupt mit Klimawandel wie z. B. das *Eastern Mediterranean Climate Research Center* oder die *Bogazici University* (vgl. Şahin 2014: 180-185). Dies geschieht zudem meist eher aus einer technischen Perspektive, sodass die Verknüpfung von Themen wie Klimawandel und Sicherheit ausbleibt. Nach der vorherrschenden türkischen Selbstbeurteilung lässt sich das Fehlen der Forschung und Zivilgesellschaft zum Klimawandel in der Türkei mit dem Argument vom »Klimawandel als Luxusproblem« begründen, wie eine Umfrage des *International Social Survey Program* nahelegt.<sup>28</sup> Laut dieser vorherrschenden Meinung hat die Türkei, die hier von den Be-

26 Bis zum Jahr 2010 war die TEMA-Stiftung die einzige türkische Organisation mit Beobachterstatus beim UNFCCC.

27 Erste Versuche der Vernetzung wurden z. B. 2010 mit der Gründung des »Klima-Netzwerks« (»*İklim Ağık*«) gemacht.

28 Hürriyet, 16.5.2011, in: <http://www.hurriyetdailynews.com/default.aspx?pageid=438&n=protecting-the-environment-is-not-the-highest-priority-for-turkish-people-says-report-2011-05-16;18.8.2016>.

fragten selbst als Entwicklungsland wahrgenommen wird, keine Kapazitäten, sich um die Bekämpfung des Klimawandels zu scheren.<sup>29</sup> Als ein weiterer Grund für das Scheitern der Versicherheitlichung kann der Argwohn gegenüber der Problematik und dem Westen als »Hauptmahrer« in Bezug auf den Klimawandel genannt werden, der die Glaubwürdigkeit des Arguments untergräbt und zusammen mit dem Argument der Klimagerechtigkeit jegliche Handlungsbereitschaft lähmt. In den extremsten Fällen ist von einer »westlichen Doppelmoral« (TBMM 1992: 270) die Rede. Der langjährige Doppelstatus der Türkei im Klimaregime, in dem sie sowohl als Industrienation als auch als Entwicklungsland galt, stets aber eine alleinige Einstufung als Entwicklungsland im Sinne der Klimagerechtigkeit forderte, hat bis zur Anerkennung ihres Sonderstatus eine ernstzunehmende Thematisierung von Klima(-sicherheit) weitestgehend verhindert. Größtes Hindernis für eine erfolgreiche Versicherheitlichung ist aber letztendlich die Prioritätensetzung am Scheidepunkt zwischen rasanter wirtschaftlicher Entwicklung und Nachhaltigkeit. Starke politische und wirtschaftliche Interessen stehen der Wahrnehmung und Akzeptanz des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung im Wege. Die Regierungspartei *Adalet ve Kalkınma Partisi* (AKP) baut für ihren Erfolg auf die wirtschaftliche Entwicklung und legt in dieser Hinsicht, insbesondere was die Energieversorgung angeht, eine kompromisslose Haltung an den Tag. Der Energiesicherheitsdiskurs steht dem Klimasicherheitsdiskurs als eine Form von »counter-securitisation« im Wege und bis heute versuchen unter anderem renommierte Organisationen, das Klimawandelphänomen zu diffamieren (Haber Ajansi 2015). Diese ablehnende Haltung spiegelt sich schließlich auch in der Stellungnahme des Parlaments aus dem Jahr 2007 wider, wonach die Türkei »noch nicht an einen Punkt gelangt [ist], an dem eine tatsächliche Gefahr durch den Klimawandel drohe« (TBMM 2007).

### 3.4. Mexiko: moderate Versicherheitlichung und gleichzeitige Politisierung

Im Gegensatz zur Türkei wurden Umweltthemen und insbesondere der Klimawandel in Mexiko für ein damaliges Entwicklungsland ungewöhnlich früh umfassend thematisiert und in verschiedene Planungsschemata mit aufgenommen.<sup>30</sup> Während das Parlament Klimasicherheitsargumente bereits in den 1990ern (Senado de la República 1994) und Mitte der 2000er Jahre (Cámara de Diputados 2005) vereinzelt diskutierte, erreichte diese Diskussion erst ab 2008 eine größere Öffentlichkeit und folgte damit der globalen Debatte, in deren Rahmen seit 2007 wieder intensiv Klimasicherheitsargumente diskutiert wurden. Nach einer ersten Erwähnung von Klimasicherheitsargumenten während einer Veranstaltung von *GLOBE International* und der Weltbank in der mexikanischen Abgeordnetenkammer (Cámara de Diputados), wurde in der Zeit von 2008 bis 2011 von weiteren internationalen Akteu-

29 Interview zu Klimawandel und Sicherheit mit einem Wissenschaftler in Istanbul am 10.9.2014.

30 Peters/Maihold (2007: 8); Sánchez Gutiérrez et al. (2009: 4); Salazar/Masera (2010).

ren in Zusammenarbeit mit mexikanischen NGOs versucht, das Thema in der mexikanischen Politik zu verankern.<sup>31</sup>

Bei den *vorherrschenden Sicherheitsdiskursen* spielt vor allem im Vergleich mit den USA die Risikodimension eine sehr viel größere Rolle.<sup>32</sup> Die relevanten Berichte sprechen eher von potenziellen Risiken in der Zukunft als von definitiven, unmittelbaren Sicherheitsproblemen, wie dieses Zitat des britischen Thinktanks *Royal United Services Institute* (RUSI), der einer der wichtigsten Versicherunglichungsakteure in Mexiko war, verdeutlicht: »The potential security impacts of climate change highlighted in this report are not inevitable; this study functions as a risk assessment to highlight important areas of concern« (Feakin/Depledge 2010: 21). Auf der Ebene des Referenzobjektes dominiert in Mexiko die individuelle Ebene (CCC 2008: 4; Sánchez Gutiérrez et al. 2009: 8; Deheza 2011: 9). Sie wird zwar ähnlich wie im US-Fall oft mit der territorialen Ebene verknüpft, allerdings bleibt im mexikanischen Fall das Individuum meist das Hauptreferenzobjekt der Versicherunglichung, wie folgendes Zitat aus einem Bericht des NGO-Konsortiums *Partners for Democratic Change International* (PDCI) veranschaulicht:

»However, an adversarial reaction could exacerbate existing tensions and social anxiety if things are not resolved, which could, in turn, lead to violent conflict and thus further decrease the quality of life and increase the vulnerability of people [...]« (Brodziak et al. 2011: 21).

Gründe für die Dominanz der Risikodimension und der individuellen Ebene sind, dass z. B. RUSI explizit das Ziel hatte, einen neuen, erweiterten Sicherheitsbegriff in die Debatte einzubringen (Feakin/Depledge 2010: 5; Deheza 2011) und auch die weiteren Akteure einen menschenrechtsbasierten Sicherheitsbegriff nutzten (Brodziak et al. 2011: 10-11). Aufgrund der starken physischen und sozialen Vulnerabilität der oft armen Bevölkerung Mexikos gegenüber Klimafolgen (Wolf 2007: 36) bot sich die Nutzung der Individualebene an. Damit einhergehend gewann die Klimasicherheitsdiskussion in Mexiko vor allem punktuell im Zuge schwerer Umweltkatastrophen<sup>33</sup> an Aufmerksamkeit und wurde schließlich auch generell als Sicherheitsproblem in den Medien diskutiert.<sup>34</sup> Auch im Senat und in der *Camara de Diputados* wurden Klimasicherheitsargumente – häufig als eine Mischung der territorialen und der individuellen Ebene – debattiert (Senado de la República 2013: 4; Cámara de Diputados 2009).

Insgesamt war die Klimasicherheitsdiskussion moderat einflussreich in Mexiko. So gab es zwar deutlich mehr versicherheitlichende Artikulationen als in der Türkei, aber weniger als in Deutschland und vor allem in den USA. Die Politisierung von Klimawandel als Thema nachhaltiger Entwicklung spielte eine mindestens

31 Sánchez Gutiérrez et al. (2009: 7-8); Feakin/Depledge (2010); Deheza/Mora (2013).

32 Allerdings ist die Abgrenzung zur Bedrohungsdimension nicht immer ganz trennscharf vorzunehmen, da im mexikanischen Fall häufig Bedrohungsargumente mit Risikovokabular vermischt werden.

33 Interviews zu Klimawandel und Sicherheit mit NGO-Expertinnen und -Experten in Mexiko-Stadt am 3.4.2014 und am 8.4.2014.

34 La Jornada, 12.11.2009: 19; Reforma, 16.10.2011, in: <http://reforma.vlex.com.mx/vid/advertien-desastres-facilitan-inseguridad-223575139>; 16.8.2016.

ebenso große Rolle wie Klimawandel als Sicherheitsproblem<sup>35</sup> (Calderón 2009). Parallel zur moderaten Bedeutung des Klimasicherheitsarguments lassen sich in Mexiko nur wenige *Akteure und Akteurinnen* identifizieren, die aktiv eine Versicherheitlichung des Klimawandels vorangetrieben haben. Zunächst waren es einzelne Parlamentarier, die Klimasicherheitsargumente artikulierten (Senado de la República 1998; Cámara de Diputados 2005), bevor dann ab 2008 auch internationale und zivilgesellschaftliche Akteure das Thema aufgriffen. Neben der erwähnten Veranstaltung von *GLOBE International* im Jahr 2008 ging der erste intensivere Versuch von dem internationalen Zusammenschluss mehrerer NGOs, PDCI, zusammen mit einer Reihe mexikanischer NGOs<sup>36</sup> und dem UNDP aus (Sánchez Gutiérrez et al. 2009: 9-10). Durch die Verbindung mit Sicherheit versprachen sich die Organisationen mehr Aufmerksamkeit für den Klimawandel und wollten zudem eine stärkere Auseinandersetzung des Parlaments mit dem Thema erreichen<sup>37</sup> (Sánchez Gutiérrez et al. 2009: 10, 12). So wurden zwischen 2008 und 2009 Umfragen und Workshops mit mexikanischen Abgeordneten (der *Camara de Diputados*) und weiteren politischen Stakeholdern durchgeführt um die Verbindung zwischen Klimawandel und Sicherheit zu erläutern und die Notwendigkeit zeitnaher Klimaschutzmaßnahmen hervorzuheben (CCC 2008; Sánchez Gutiérrez et al. 2009: 10-17).<sup>38</sup> Anschließend veröffentlichte PDCI eine weitere Studie zur Verbindung zwischen Klimawandel und Sicherheit, unter anderem gefördert von der EU als Teil eines globalen Projektes<sup>39</sup> zu Klimawandel und Konflikten (Brodziak et al. 2011).

Ebenfalls im Jahr 2008 startete die britische Botschaft in Mexiko zusammen mit RUSI den zweiten größeren internationalen Versicherheitlichungsversuch in Mexiko. Das Projekt untersuchte die sicherheitsrelevanten Folgen des Klimawandels in Mexiko mit dem Ziel diese Verbindung den mexikanischen Politikerinnen und Politikern näherzubringen und in der fünften mexikanischen Kommunikation an die UNFCCC zu verankern.<sup>40</sup> Dafür lud die Botschaft zusammen mit RUSI wichtige

35 Interviews zu Klimawandel und Sicherheit mit Staatsbediensteten und NGO-Expertinnen und -Experten in Mexiko-Stadt am 14.4.2014 und 23.4.2014.

36 *Centro de Colaboracion Civica (CCC)*, *Centro Mario Molina (CMM)*, *Centro Mexicano de Derecho Ambiental (CEMDA)*, *Comision de Estudios del Sector Privada para el Desarrollo Sustentable (CESPEDES)*.

37 Interview zu Klimawandel und Sicherheit mit NGO-Expertinnen und -Experten in Mexiko-Stadt am 23.4.2014.

38 Der von PDCI durchgeführte Dialogprozess wurde teilweise durch die britische Botschaft in Mexiko-Stadt finanziert. Die Zusammenarbeit endete 2009, nachdem es unterschiedliche Auffassungen über Sinn und Zweck der Arbeit gab. Während PDCI eher den Prozess im Vordergrund sah, wollte die Botschaft konkrete Ergebnisse sehen (Interview zu Klimawandel und Sicherheit mit NGO-Expertinnen und -Experten in Mexiko-Stadt am 23.4.2014).

39 *Initiative for Peacebuilding – Early Warning Analysis to Action (IfP-EW)*, <http://www.ifp-ew.eu>.

40 Interview zu Klimawandel und Sicherheit mit Staatsbediensteten in Mexiko-Stadt am 14.4.2014. Ein Grund für diesen Vorstoß der Briten war sicherlich die lebhafteste Klimasicherheitsdiskussion im Vereinigten Königreich zu der Zeit (Rothe 2013: 213).

Stakeholder der mexikanischen Klimapolitik<sup>41</sup> zu Workshops ein, auf denen Erfahrungen mit dem Thema ausgetauscht werden sollten und die schließlich in mehreren Berichten mündeten (Feakin/Depledge 2010; Deheza 2011; Deheza/Mora 2013).

Was konkrete Erfolge und damit *legitimierte Politiken* angeht, waren diese Versicherheitlichungsversuche nur mäßig erfolgreich. Der PDCI-Vorstoß konnte einige Ergebnisse<sup>42</sup> seiner Workshops in Gesetzen verankern und führte zu einer nicht bindenden politischen Absichtserklärung zum Thema Klimasicherheit (Sánchez Gutiérrez et al. 2009: 15). Er hatte aber insgesamt Probleme, die Stakeholder nachhaltig für das Thema zu gewinnen, da es für sie zum einen relativ neu und ungewöhnlich war und zum anderen aufgrund der hohen Fluktuation des politischen Personals schnell wieder in Vergessenheit geriet.<sup>43</sup> Zudem trat die Verbindung zu Sicherheit während des Dialogprozesses zunehmend in den Hintergrund und es wurden vorwiegend allgemeine Klimathemen diskutiert (Sánchez Gutiérrez et al. 2009: 40).

Auch das britische Vorhaben resultierte nicht in nachhaltigen Planungen oder gar in der prominenten Integration von Klimasicherheit in mexikanischen Gesetzen. Ein wichtiger Grund hierfür war, dass das Projekt vom mexikanischen Außenministerium als Kritik an der mexikanischen Sicherheitspolitik und somit als unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Mexikos aufgefasst wurde. Dies führte zu ernsthaften diplomatischen Verstimmungen, vor allem zwischen dem mexikanischen Außenministerium und RUSI bzw. der britischen Botschaft, und verhinderte schließlich, dass die Ergebnisse des Projektes in größerem Maßstab in der mexikanischen Klimapolitik und Gesetzgebung genutzt werden konnten.<sup>44</sup> Der Abschlussbericht von RUSI wurde für sechs Monate unter Verschluss gehalten und konnte erst nach dem Regierungswechsel 2012 unter Präsident Nieto veröffentlicht werden.<sup>45</sup>

Trotz der Schwierigkeiten dieser konkreten Versicherheitlichungsversuche, was die Generierung einer größeren Aufmerksamkeit angeht, wurden Klimasicherheitsargumente im Parlament in den Debatten zum Klimagesetz genutzt und haben so einen Teil zur Annahme des Klimagesetzes beigetragen. Zudem taucht der Klima-

---

41 Unter anderem *Comisión Económica para América Latina y el Caribe* (CEPAL), *The Global Legislators Organisation* (GLOBE), *Secretaría de Medio Ambiente y Recursos Naturales* (SEMARNAT), *Comisión Nacional del Agua* (CONAGUA), *Instituto Nacional de Ecología* (INE), *Instituto Nacional de Migración* (INM), *Centro de Investigación y Seguridad Nacional* (CISEN), *Centro Mexicano de Derecho Ambiental* (CEMDA) Heinrich-Böll-Stiftung, OXFAM, *Instituto Mexicano para la Competitividad* (IMCO) und *Greenpeace*.

42 Etwa zur Vulnerabilität bestimmter Sektoren wie der Fischerei (Sánchez Gutiérrez et al. 2009: 15).

43 Interview zu Klimawandel und Sicherheit mit NGO-Expertinnen und -Experten in Mexiko-Stadt am 23.4.2014.

44 Interview zu Klimawandel und Sicherheit mit Staatsbediensteten in Mexiko-Stadt am 14.4.2014.

45 Interview zu Klimawandel und Sicherheit mit NGO-Expertinnen und -Experten in London am 17.10.2014.

wandel in der neuen, unter Präsident Nieto verabschiedeten mexikanischen Sicherheitsstrategie 2014-2018 auf. Den etwas größeren Einfluss hingegen hatten Klimarisikoartikulationen auf der Individualebene, die, meist direkt aus dem Parlament kommend, zur Verabschiedung verschiedener Politiken mit dem Ziel eines besseren Schutzes der Bevölkerung beitrugen.<sup>46</sup> Zudem lassen sich in verschiedenen zentralen Planungsdokumenten und Klimapolitiken wie der Nationalen Klimawandelstrategie (Mexican Government/CICC 2007: 8-10, 13) und dem allgemeinen Klimagesetz von 2012 (Cámara de Diputados 2012: 16) konkrete Hinweise auf den individuellen Risikodiskurs finden.

Neben den genannten konkreten Problemen der beiden internationalen Versicherunglichungsinitiativen lassen sich auch einige *strukturelle Bedingungen* dafür finden, dass die Klimasicherheitsdebatte insgesamt nicht einflussreicher wurde. So machte die recht frühe und progressive Behandlung und Politisierung des Umweltthemas bzw. der Chance für nachhaltige Entwicklung eine weitere Intensivierung der Debatte mittels einer versicherheitlichenden Argumentation (insbesondere bezüglich der Territorialbedrohungsdimension) möglicherweise überflüssig. In diesem Zusammenhang berichteten mehrere NGO-Vertreter und -Vertreterinnen in Mexiko von den guten Beziehungen zwischen NGOs und Regierung, die sich, was die Behandlung des Klimawandels anging, oft einig waren.<sup>47</sup> Die wirklichen Probleme lagen nicht darin, dass es keine Gesetze gab, sondern eher in der konsequenten Umsetzung dieser Gesetze, vor allem auf lokaler Ebene. Ein weiterer Faktor ist die relativ geringe Anzahl mexikanischer NGOs, die sich nachhaltig an der Klimadebatte beteiligten (Peters/Maihold 2007: 36). Aufgrund dessen fehlte es an einflussreichen mexikanischen Akteurinnen und Akteuren – mit tiefgehenden Kenntnissen der wichtigen politischen Akteurinnen und Akteure im Land –, die eine Versicherunglichung konsequenter hätten vorantreiben können. Ein weiterer Grund für den nur moderaten Erfolg ist die Dominanz anderer Sicherheitsprobleme, etwa des organisierten Verbrechens und des Drogenkriegs. Ein »weiches« Sicherheitsthema wie der Klimawandel konnte in diesem Umfeld nur schwer dieselbe Aufmerksamkeit erlangen.<sup>48</sup>

#### 4. Schlussfolgerungen

Unser Ziel in diesem Beitrag war es, die von uns ausgemachte empirische Lücke in der inzwischen sehr breiten Forschung zur Versicherunglichung des Klimawandels durch eine komparative Analyse von Versicherunglichungsprozessen zu schließen.

---

46 Mexican Government/CICC (2007: 8-10); Gobierno Federal de los Estados Unidos Mexicanos/CICC (2009: 25, 50-52); Gobierno Federal de los Estados Unidos Mexicanos (2010: 34, 50).

47 Interviews zu Klimawandel und Sicherheit mit NGO-Expertinnen und -Experten in Mexiko-Stadt am 3.4.2014 und 8.4.2014.

48 Interviews zu Klimawandel und Sicherheit mit NGO-Expertinnen und -Experten in Mexiko-Stadt am 8.4.2014 und 23.4.2014.

Unsere Fallanalysen scheinen auf den ersten Blick wenig verallgemeinerbare Schlüsse zuzulassen. Die Versicherheitlichungsprozesse, falls überhaupt vorhanden, verliefen in den vier Ländern sehr unterschiedlich und hingen von den nationalen Kontexten ab. Genau darin liegt jedoch ein *erster* Befund: Unsere Untersuchung bestätigt die Argumentation von Stritzel (2007; 2011), Balzacq (2005) und anderen, dass Formen und Erfolg von Versicherheitlichung vom jeweiligen Umfeld abhängig sind. Es ist daher kein Zufall, dass in den USA Artikulationen territorialer Bedrohung überwiegen, sondern das Ergebnis spezifischer sozialer (Rolle des Militärs und Selbstverständnis als globale Ordnungsmacht) und diskursiver (Relevanz der nationalen Sicherheit) Machtverhältnisse. Gleichmaßen lässt sich für den deutschen Fall festhalten, dass die dortige Betonung der individuellen Ebene und der Risikodimension ohne den Einfluss von etablierten NGOs, die Rolle der Friedens- und Umweltbewegung sowie dem bereits etablierten Umweltsicherheitsdiskurs kaum denkbar ist. In Mexiko konnten wir eine moderat erfolgreiche Versicherheitlichung beobachten, die vor allem auf individuelles Risiko abzielte. Dies lässt sich unter anderem mit der schon früh erfolgten parallelen Politisierung als Thema nachhaltiger Entwicklung erklären, die eine stärkere Versicherheitlichung insbesondere entlang der Territorialbedrohungs-Dimension überflüssig machte. Zum anderen fehlte es an einflussreichen mexikanischen NGOs und die Versuche internationaler Akteure wurden letztlich als zu starke Einmischung von außen aufgefasst. Die gescheiterte Versicherheitlichung in der Türkei beruht dagegen auf einem politischen Diskurs, in dem klassische wirtschafts- und sicherheitspolitische Fragen nach wie vor überwiegen, und es nicht zuletzt aufgrund der zivilgesellschaftlichen Struktur an Akteurinnen und Akteuren mangelt, die eine Versicherheitlichung hätten vorantreiben können.

Dies führt uns zu einem *zweiten* Befund: In allen Fällen waren es einzelne Individuen oder Organisationen als Diskursunternehmer (oder eben deren Abwesenheit), die die Versicherheitlichung aus eigenem Interesse vorantrieben (oder nicht), die aber in ihrer Artikulation und in ihrem Erfolg von den diskursiven Rahmenbedingungen abhängig waren. So konnten wir zeigen, wie die versicherheitlichenden Akteure in den USA ganz bewusst die Nähe des Militärs und eben nicht zu umweltpolitischen NGOs suchten, um so ihren Artikulationen mehr Gewicht zu verleihen. Eine zu große Nähe zu klassischen Umweltorganisationen hätte dazu geführt, dass deren liberales Image auf die Thinktanks abgefärbt hätte, was dem eigentlichen Ziel, nämlich auch konservative Kreise zu überzeugen, entgegengestanden hätte. Im Kontrast dazu war der deutsche Diskurs viel mehr vom Anspruch auf Wissenschaftlichkeit und vom Ansehen der NGOs geprägt. Dadurch konnten die versicherheitlichenden Akteure den in Deutschland sehr viel positiver konnotierten Umweltdiskurs für sich nutzen. In Mexiko fehlte den von außen kommenden Akteuren wie RUSI die nötige Legitimation im Land, weshalb die erfolgreicherer Versicherheitlichungsartikulationen bzw. die allgemeine progressive Klimapolitik eher von Mitgliedern des mexikanischen Parlaments sowie dem Präsidenten Calderon ausgingen. Im politischen Gefüge der Türkei wiederum werden Umwelt-NGOs mit Klimainteressen politisch und diskursiv immer noch marginalisiert.

Die Folgen dieser unterschiedlichen Versicherheitlichungsprozesse für die Politik sind in unserer Analyse deutlich zutage getreten. In den USA, in denen die territorialen Bedrohungen in den Debatten dominieren, geht es entsprechend vor allem um die Anpassung des militärischen Sektors, nicht aber um die effektive Bekämpfung der Ursachen. Dementsprechend wurden auf bundesstaatlicher Ebene bisher keine verbindlichen Emissionsreduktionsziele verabschiedet (von Verordnungen im Rahmen des *Clean Air Act* einmal abgesehen)<sup>49</sup> und auch das Kyoto-Protokoll wurde nie ratifiziert. Dass sich die USA nun dennoch am Pariser Weltklimavertrag von 2015 beteiligen, widerspricht dieser Politik nur auf den ersten Blick, da eben keineswegs global verbindliche und konkrete Reduktionsziele beschlossen wurden. Im Gegensatz dazu führt die anders gelagerte Versicherheitlichung in Deutschland zur Legitimation von einschneidenden Maßnahmen im Hinblick auf eine Mitigation des Klimawandels selbst (vgl. Geden 2009; Richert 2012). Dieser Unterschied zwischen den USA und Deutschland macht deutlich, dass die Frage nach der normativen Bewertung von Versicherheitlichung nicht pauschal betrachtet werden kann, sondern im konkreten Fall auf ihre Folgen hin und im Kontext klarer normativer Referenzpunkte beurteilt werden muss (vgl. Floyd 2007; Trombetta 2011). Obgleich die Versicherheitlichung in Mexiko nur moderat erfolgreich war, konnten wir dennoch zeigen, dass der dominante Individualrisikodiskurs vor allem zu Politiken im Bereich Mitigation und Bevölkerungsschutz beigetragen hat. Das Beispiel Mexikos hat zudem erste Hinweise dafür geliefert, dass eine Versicherheitlichung entlang der Risikodimension besser mit einer parallelen Politisierung vereinbar ist.

Jedenfalls haben unsere Fälle auch die Vermutung Wævers (1995) bestätigt, dass eine Versicherheitlichung für den politischen Diskurs gut sein kann – zumindest bis zu einer gewissen Intensität und für eine begrenzte Dauer –, wenn dadurch (wie im Fall Deutschlands und der USA und zu Teilen auch Mexikos) ein Problem überhaupt erst auf die politische Agenda kommt. Entsprechend wäre in der Türkei eine Versicherheitlichung dringend notwendig, um den Diskurs zu öffnen – und nicht um ihn, wie von der Kopenhagener Schule befürchtet, zu schließen. Gleichzeitig haben unsere Fallbeispiele aber auch die möglichen Probleme bestimmter Versicherheitlichungsdiskurse zutage treten lassen, die, wie in den USA, teils erst einmal nur Symptombekämpfung legitimieren, die Ursachen aber aus dem Fokus geraten lassen.

Schließlich hat unsere Analyse auch gezeigt, dass ein komplexeres Verständnis von Versicherheitlichung, das von der Dichotomie von Politik und Sicherheit der Kopenhagener Schule abweicht und unterschiedliche Formen der Versicherheitlichung zulässt, empirisch den Vorteil hat, die unterschiedlichen politischen Prozesse besser sichtbar machen zu können. Die Risikodimension hat sich in unserer Untersuchung allerdings eher selten gezeigt, und insoweit sie aufgetreten ist, wie im Fall Mexikos und Deutschlands, war ihre Unterscheidung von der Sicherheitsdimen-

---

49 Insbesondere auf einzelstaatlicher Ebene kam es auch in den USA zu progressiven Klimapolitiken (Mildner/Richert 2010: 31). Dennoch entspricht die bundesstaatliche Politik der von uns festgestellten diskursiven Tendenz.

sion nicht immer ganz unproblematisch. Dies liegt, so vermuten wir, zum einen daran, dass in den meisten Ländern der Risikodiskurs im politischen Kontext noch weniger verbreitet ist. Zum anderen könnte hier aber auch unsere Fall- und Akteurs-Auswahl eine Rolle gespielt haben. In anderen Ländern (etwa Großbritannien) und im Kontext anderer Akteure (beispielsweise Versicherungen) ist die Risikodimension möglicherweise verbreiteter (vgl. Rothe 2013; 2016).

Trotz dieser Einschränkungen hat unsere Studie dazu beigetragen, die von uns identifizierte empirische Lücke in der Literatur zur Klimasicherheit zu schließen. Unser Analyseraster hat es uns zudem ermöglicht, Versicherheitlichungsprozesse differenzierter zu erfassen. Die diskursiven »Klimakämpfe« gestalten sich demnach von Land zu Land sehr verschieden – und definieren ihrerseits den »Klimakampf« ganz unterschiedlich.

## Literatur

- adelphi* 2009: Klimawandel und internationale Sicherheit. Entwicklung und Umsetzung der europäischen Roadmap, in: <https://www.adelphi.de/de/projekt/klimawandel-und-internationale-sicherheit-entwicklung-und-umsetzung-der-europ%C3%A4ischen-roadmap>; 26.9.2015.
- adelphi* 2011: Workshop Documentation. Security Implications of Climate Change, New York, NY.
- Aradau, Claudia/van Munster, Rens* 2007: Governing Terrorism Through Risk: Taking Precautions, (Un)Knowing the Future, in: *European Journal of International Relations* 13: 1, 89-115.
- Aradau, Claudia/van Munster, Rens* 2008: Insuring Terrorism, Assuring Subjects, Insuring Terrorism, Assuring Subjects, Ensuring Normality: The Politics of Risk After 9/11, in: *Alternatives* 33: 2, 191-210.
- Auswärtiges Amt* 2011: Klima und Sicherheit, in: [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/GlobaleFragen/Klima/KlimaUndSicherheit\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/GlobaleFragen/Klima/KlimaUndSicherheit_node.html); 1.9.2014.
- Baluken, Idris* 2014: Rede im Türkischen Parlament am 19.2.2014; 24. Periode; 4. Jahr; 64. Sitzung. Genel Kurul Tutanagı 24. Dönem 4. Yasama Yılı 64. Birleşim, Ankara.
- Balzacq, Thierry* 2005: The Three Faces of Securitization: Political Agency, Audience and Context, in: *European Journal of International Relations* 11: 2, 171-201.
- Balzacq, Thierry* (Hrsg.) 2011: *Securitization Theory. How Security Problems Emerge and Dissolve* (Peace Research Institute Oslo (PRIO) New Security Studies), London.
- Barnett, Jon* 2001: *The Meaning of Environmental Risk*, London.
- Barnett, Jon/Adger, Neil W.* 2007: Climate Change, Human Security and Violent Conflict, in: *Political Geography* 26: 6, 639-655.
- Beck, Ulrich* 2000: *World Risk Society*, Cambridge.
- Beck, Ulrich* 2002: The Cosmopolitan Society and Its Enemies, in: *Theory, Culture and Society* 19: 2, 17-44.
- Bender, Bryan* 2013: Chief of US Pacific Forces Calls Climate Biggest Worry, in: <https://www.bostonglobe.com/news/nation/2013/03/09/admiral-samuel-locklear-commander-pacific-forces-warns-that-climate-change-top-threat/BHdPVCLrWEMxRe9IXJZcHL/story.htm>; 9.3.2013.
- Bigo, Didier* 2002: Security and Immigration: Toward a Critique of the Governmentality of Unease, in: *Alternatives: Global, Local, Political* 27: 1 suppl., 63-92.
- Blair, Dennis C.* 2009: *Annual Threat Assessment of the Intelligence Community for the Senate Select Committee on Intelligence*, Washington, D.C.

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 2011: Klimawandel und Entwicklung (BMZ Informationsbroschüre 1/2011), in: [http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/themen/klimaschutz/BMZ\\_Informationsbroschuere\\_01\\_2011.pdf](http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/themen/klimaschutz/BMZ_Informationsbroschuere_01_2011.pdf); 9.2.2015.
- Bojanowski, Axel 2013: Rangliste: Umweltschützer strafen Deutschlands Klimapolitik ab, in: Spiegel Online, 18.11.2013, <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimaschutz-inde-x-rangliste-von-germanwatch-zu-energiepolitik-a-934149.html>; 2.8.2016.
- Booth, Ken (Hrsg.) 2005: Critical Security Studies and World Politics, Boulder, CO.
- Boyle, Philip/Haggerty, Kevin D. 2012: Planning for the Worst: Risk, Uncertainty and the Olympic Games, in: The British Journal of Sociology 63: 2, 241-259.
- Brauch, Hans G. 2009: Securitizing Global Environmental Change, in: Brauch, Hans G./Oswald Spring, Ursula/Grin, John/Mesjasz, Czeslaw/Kameri-Mbote, Patricia/Chadha Behera, Navnita/Chouru, Béchir/Krummenacher, Heinz (Hrsg.): Facing Global Environmental Change: Environmental, Human, Energy, Food, Health and Water Security Concepts, Berlin, 65-104.
- Brodziak, Fabricio/García, Ana L./Chow, Luis G. 2011: Climate Change Impacts on Socio-Environmental Conflicts: Vulnerability in Facing Climate Change and Social Conflicts in Mexico, Brüssel.
- Brown, Lester R. 1977: Redefining National Security (Worldwatch Paper, Band 14), Washington, D. C.
- Brzoska, Michael 2009: The Securitization of Climate Change and the Power of Conceptions of Security, in: Sicherheit und Frieden 27: 3, 137-145.
- Brzoska, Michael 2012: Climate Change as a Driver of Security Policy, in: Scheffran, Jürgen/Brzoska, Michael/Brauch, Hans-Günther/Link, Michael P./Schilling, Jan P. (Hrsg.): Climate Change, Human Security and Violent Conflict. Challenges for Societal Stability, Berlin, 165-179.
- Brzoska, Michael/Oels, Angela 2011: »Versicherheitlichung« des Klimawandels? Die Konstruktion des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung und ihre politischen Folgen, in: Brzoska, Michael/Kalinowski, Martin/Matthies, Volker/Meyer, Berthold (Hrsg.): Klimawandel und Konflikte. Versicherheitlichung versus präventive Friedenspolitik?, Baden-Baden, 51-67.
- Brzoska, Michael/Oels, Angela 2012: Massenmigration und Klimakriege? Klimawandel als Sicherheitsbedrohung, in: Wissenschaft und Frieden 2012/3, 19-22.
- Bülow, Marco 2004: Rede im Deutschen Bundestag am 16.1.2004 (Drs.-Nr. 15/87), Berlin.
- Burck, Jan/Hermwille, Lukas/Krings, Laura 2012: The Climate Change Performance Index. Results 2013, Bonn.
- Buzan, Barry/Wæver, Ole/Wilde, Jaap de 1998: Security. A New Framework for Analysis, Boulder, CO.
- Center for Climate and Energy Solutions (C2ES) 2008a: Legislation in the 110<sup>th</sup> Congress Related to Global Climate Change, in: <http://www.c2es.org/federal/congress/110>; 6.9.2012.
- C2ES 2008b: National Security and Climate Change Proposals from the 110<sup>th</sup> Congress, in: [http://www.c2es.org/federal/congress/110/natl\\_security](http://www.c2es.org/federal/congress/110/natl_security); 6.9.2012.
- Calderón, Felipe 2009: Palabras del Presidente Felipe Calderón Hinojosa durante su intervención en la sesión plenaria de la 15<sup>o</sup> conferencia de las Naciones Unidas sobre cambio climático, Kopenhagen.
- Cámara de Diputados 2005: Diario de los Debates órgano oficial de la cámara de diputados del congreso de los estados unidos mexicanos Poder Legislativo Federal, LIX Legislatura (Correspondiente al Segundo Periodo de Sesiones Ordinarias del Tercer Año de Ejercicio, No. 22), Mexiko-Stadt.
- Cámara de Diputados 2009: Diario de los Debates órgano oficial de la cámara de diputados del congreso de los estados unidos mexicanos Poder Legislativo Federal, LX Legislatura (Correspondiente al Segundo Periodo de Sesiones Ordinarias del Tercer Año de Ejercicio, No. 27), Mexiko-Stadt.

- Cámara de Diputados* 2012: Ley General de Cambio Climático. Nueva Ley publicada en el Diario Oficial de la Federación el 6 de junio de 2012, Mexiko-Stadt.
- Campbell, Kurt M./Gulledge, Jay/McNeill, John R./Podesta, John/Odgen, Peter/Fueth, Leon/Woolsey, Robert James/Lennon, Alexander T. J./Smith, Julianne/Weitz, Richard/Mix, Derek* 2007: The Age of Consequences. The Foreign Policy and National Security Implications of Global Climate Change, Washington, D.C.
- Çavlak, Hakan* 2012: The Impact of the European Union on the Environmental Discourse of Turkish Governments since 1980s, Malatya.
- Centro de Colaboración Cívica (CCC)* 2008: Cambio climático y seguridad nacional. Programa de colaboración entre la H. Cámara de Diputados, el Centro de Colaboración Cívica (CCC), El Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo (PNUD), Centro Mario Molina (CMM), Centro Mexicano de Derecho Ambiental, Comisión de Estudios del Sector Privado para el Desarrollo Sustentable (CESPEDES), Mexiko-Stadt.
- CNA* 2007: National Security and the Threat of Climate Change, Alexandria, VA.
- CNA Military Advisory Board* 2014: National Security and the Accelerating Risks of Climate Change, Alexandria, VA.
- Corry, Olaf* 2012: Securitisation and »Riskification«: Second-order Security and the Politics of Climate Change, in: Millennium 40: 2, 235-258.
- Daase, Christopher/Kessler, Oliver* 2007: Knowns and Unknowns in the »War on Terror«. Uncertainty and the Political Construction of Danger, in: Security Dialogue 38: 4, 411-434.
- Dalby, Simon* 2002: Environmental Security (Borderlines, Band 20), Minneapolis, MN.
- Dalby, Simon* 2009: Security and Environmental Change, Cambridge.
- De Goede, Marieke* 2008: Beyond Risk: Premediation and the Post-9/11 Security Imagination, in: Security Dialogue 39: 2-3, 155-176.
- Deheza, Elizabeth* 2011: Climate Change, Migration and Security. Best Practice Policy and Operational Options for Mexico (Interim Report), London.
- Deheza, Elizabeth/Mora, Jorge* 2013: Climate Change, Migration and Security Best-Practice Policy and Operational Options for Mexico (Whitehall Report 1-13), London.
- Detraz, Nicole/Betsill, Michele M.* 2009: Climate Change and Environmental Security. For Whom the Discourse Shifts, in: International Studies Perspectives 10: 3, 303-320.
- Deutsche Bundeswehr* 2012: Klimafolgen im Kontext: Implikationen für Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten und Nordafrika. Streitkräfte, Fähigkeiten und Technologien im 21. Jahrhundert: Teilstudie 2, Berlin.
- Department of Homeland Security (DHS)* 2013: NIPP 2013. Partnering for Critical Infrastructure Security and Resilience (The National Infrastructure Protection Plan 2013), Washington, D. C.
- Diez, Thomas/von Lucke, Franziskus/Wellmann, Zehra* 2016: The Securitisation of Climate Change. Actors, Processes and Consequences, London.
- U. S. Department of Defense (DOD)* 2008: National Defense Strategy, Washington, D. C.
- DOD* 2010: Quadrennial Defense Review Report 2010, Washington, D. C.
- DOD* 2012: Climate Change Adaptation Roadmap (CCAR), Washington, D. C.
- DOD* 2014: Quadrennial Defense Report 2014, Washington, D. C.
- Deutscher Wetterdienst (DWD)* 2013: Klimaforschung in Deutschland: Überblick, in: [http://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/klimaforschung/klimaforschung\\_node.html](http://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/klimaforschung/klimaforschung_node.html); 4.11.2013.
- Eslen, Nejat* 2007: İklim değişikliği bir güvenlik sorunu, in: Radikal, 30.4.2007.
- Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)* 1985: Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung, Hannover.
- EKD* 1995: Gefährdetes Klima, unsere Verantwortung für Gottes Schöpfung, Hannover.
- Feakin, Tobias/Depledge, Duncan* 2010: Climate-related Impacts on National Security in Mexico and Central America, London.
- Federal Emergency Management Agency (FEMA)* 2012: Crisis Response and Disaster Resilience 2030: Forging Strategic Action in an Age of Uncertainty, Washington, D. C.

- Fingar, Thomas 2008: National Intelligence Assessment on the National Security Implications of Global Climate Change to 2030, Washington, D. C.
- Fletcher, Amy L. 2009: Clearing the Air: The Contribution of Frame Analysis to Understanding Climate Policy in the United States, in: *Environmental Politics* 18: 5, 800-816.
- Floyd, Rita 2007: Towards a Consequentialist Evaluation of Security: Bringing Together the Copenhagen and the Welsh Schools of Security Studies, in: *Review of International Studies* 33: 2, 327-350.
- Floyd, Rita 2010: *Security and the Environment. Securitisation Theory and US Environmental Security Policy*, Cambridge.
- Foucault, Michel 2006: *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I*, Frankfurt a. M.
- Geden, Oliver 2009: *Klimasicherheit als Politikansatz der EU (Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)-Diskussionspapier 2009/01)*, Berlin.
- Germanwatch 2013: *Klimawandel als Sicherheitsrisiko: Germanwatch begrüßt morgige Debatte im UN-Sicherheitsrat auf Initiative von Pakistan und Großbritannien*, Bonn.
- Germanwatch 2014: *Global Climate Risk Index 2014*, in: <https://germanwatch.org/en/7659>; 3.8.2016.
- Germanwatch 2015: *Climate Change Performance Index: Results 2015*, in: <http://germanwatch.org/de/download/10407.pdf>; 3.8.2016.
- Gobierno Federal de los Estados Unidos Mexicanos/Comisión Intersecretarial de Cambio Climático (CICC) 2009: *Programa Especial de Cambio Climático 2009-2012 (PECC)*. Mexiko-Stadt.
- Gobierno Federal de los Estados Unidos Mexicanos 2010: *Marco de Políticas de Adaptación de Mediano Plazo*. Mexiko-Stadt.
- Grauvogel, Julia/Diez, Thomas 2014: *Framing und Versicherheitlichung: Die diskursive Konstruktion des Klimawandels*, in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 3: 2, 203-232.
- Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) 2008: *Klimawandel und Sicherheit. Herausforderungen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit*, Eschborn.
- Guzzini, Stefano 2011: *Securitization as a Causal Mechanism*, in: *Security Dialogue* 42: 4-5, 329-342.
- Haber Ajansi, Deniz 2015: »Son 60 yılda sürekli bir küreşel ısınma olduğu izlenimi« yaratıldı (During the past 60 years a climate change image has constantly been created). *Küreşel ısınmaya kanıt olarak sunulan meteoroloji istasyonları sıcaklık istatistikleri üzerinde oynadığı iddia edildi*. İ, in: <http://www.denizhaber.com.tr/son-60-yilda-surekli-bir-kuresel-ısınma-oldugu-izlenimi-yaratildi-haber-60403.htm>; 15.2.2015.
- Harris, Paul G. 2002: *Environmental Security: Will Bush Follow Clinton's Lead?*, in: *Pacifica Review: Peace, Security & Global Change* 14: 2, 149-157.
- Hartmann, Betsy 2010: *Rethinking Climate Refugees and Climate Conflict: Rhetoric, Reality and the Politics of Policy Discourse*, in: *Journal of International Development* 22: 2, 233-246.
- Homer-Dixon, Thomas 1991: *On the Threshold: Environmental Changes as Causes of Acute Conflict*, in: *International Security* 16: 2, 76-116.
- Huysmans, Jef 2008: *The Politics of Insecurity. Fear, Migration and Asylum in the EU (The New International Relations Series)*, London.
- Kilian, Susanne M. 2012: *Japan und Deutschland – Zwischen Schuld und Verantwortung. Vergangenheitsbewältigung im Vergleich*, Münster.
- Knudsen, Olav 2001: *Post-Copenhagen Security Studies: Desecuritizing Securitization*, in: *Security Dialogue* 32: 3, 355-368.
- Krueck, Carsten/Borchers, Jutta/Weingart, Peter 1999: *Climate Research and Climate Policy in Germany: Assets and Hazards of Consensus-based Risk Management*, in: *Edwards, Paul/Miller, Clark (Hrsg.): Changing the Atmosphere*, Boston, MA.

- Latif, Mojib* 2014: Risiko Klimawandel (Vortrag auf dem COP-Lima Pre-Briefing im Auswärtigen Amt in Berlin, 13.11.2014), Berlin.
- Léonard, Sarah/Kaunert, Christian* 2011: Reconceptualizing the Audience in Securitization Theory, in: Balzacq, Thierry (Hrsg.): *Securitization Theory. How Security Problems Emerge and Dissolve*, London.
- Mathews, Jessica T.* 1989: Redefining Security, in: *Foreign Affairs* 68: 2, 162-177.
- McDonald, Matt* 2008: Securitization and the Construction of Security, in: *European Journal of International Relations* 14: 4, 563-587.
- McDonald, Matt* 2013: Discourses of Climate Security, in: *Political Geography* 33, 42-51.
- McGrady, Ed/Kingsley, Maria/Steward Jessica* 2010: *Climate Change: Potential Effects on Demands for US Military Humanitarian Assistance and Disaster Response*, Alexandria, VA.
- Methmann, Chris/Rothe, Delf* 2012: Politics for the Day after Tomorrow: The Logic of Apocalypse in Global Climate Politics, in: *Security Dialogue* 43: 4, 323-344.
- Mexican Government/Comisión Intersecretarial de Cambio Climático (CICC)* 2007: *National Strategy on Climate Change (ENACC)* Mexico. Executive Summary, Mexiko-Stadt.
- Mildner, Stormy-Annika/Richert, Jörn* 2010: Obamas neue Klimapolitik. Möglichkeiten und Grenzen eines klimapolitischen Wandels in den USA (Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)-Studie, Februar 2010), in: [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/product/s/studien/2010\\_S04\\_mdn\\_rrt\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/product/s/studien/2010_S04_mdn_rrt_ks.pdf), 1.3.2013.
- Myers, Norman* 1989: Environment and Security, in: *Foreign Policy* 19: 74, 23-41.
- Nicola, Stefan* 2013: World Emissions May Peak Amid China Green Push, Germanwatch Says, in: *Bloomberg Businessweek*, 18.11.2013.
- Norck, Sebastian* 2012: Der Klimawandel als medial konstruiertes Risiko – Untersucht am Beispiel der Berichterstattung des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*, in: *entgrenzt – studentische Zeitschrift für Geographisches* 2: 3, 20-31.
- Nordas, Ranghild/Gleditsch, Nils P.* 2007: Climate Change and Conflict, in: *Political Geography* 26: 6, 627-638.
- Oels, Angela* 2011: Rendering Climate Change Governable by Risk: From Probability to Contingency, in: *Geoforum* 45: 1, 1-13.
- Oels, Angela* 2013: Climate Security as Governmentality. From Precaution to Preparedness, in: Bulkeley, Harriet/Stripple, Johannes (Hrsg.): *Governing the Global Climate: Rationality, Practice and Power*, Cambridge.
- Oels, Angela/von Lucke, Franziskus* 2015: Gescheiterte Versicherheitlichung oder Sicherheit im Wandel: Hilft uns die Kopenhagener Schule beim Thema Klimawandel?, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 22: 1, 43-70.
- Penny, Christopher K.* 2007: Greening the Security Council: Climate Change as an Emerging »Threat to International Peace and Security«, in: *International Environmental Agreements: Politics, Law and Economics* 7: 1, 35-71.
- Peters, Enrique D./Maihold, Günther* 2007: Die Rolle Mexikos in der globalen Strukturpolitik (Discussion Paper 15 des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, DIE), Bonn.
- Pieper, Cornelia* 2011: Eröffnungsrede von Staatsministerin Cornelia Pieper zur Konferenz »Climate Diplomacy in Perspective – From Early Warning to Early Action«, Berlin.
- Potsdam-Institut für Klima Klimafolgenforschung (PIK)* 2012: *Turn Down the Heat: Why a 4°C Warmer World Must be Avoided*, Potsdam.
- Pirages, Dennis* 2005: From Limits to Growth to Ecological Security, in: Pirages, Dennis/Cousins, Ken (Hrsg.): *From Resource Scarcity to Ecological Security. Exploring new limits to growth*, Cambridge, MA, 1-19.
- Pirages, Dennis* 2013: Ecological Security: A Conceptual Framework, in: Floyd, Rita/Matthew, Richard A. (Hrsg.): *Environmental Security. Approaches and Issues*, Abingdon, 139-154.

- Richert, Jörn 2011: Klimawandel, Bedrohungsdiskurs und Sicherheitspolitik in den USA, in: Angenendt, Steffen/Dröge, Susanne/Richert, Jörn (Hrsg.): Klimawandel und Sicherheit. Herausforderungen, Reaktionen und Handlungsmöglichkeiten, Baden-Baden, 222-237.
- Richert, Jörn 2012: Klimapolitik und Versicherheitlichung, in: Wissenschaft und Frieden 2012: 3, 26-28.
- Roe, Paul 2008: Actor, Audience(s) and Emergency Measures: Securitization and the UK's Decision to Invade Iraq, in: Security Dialogue 39: 6, 615-635.
- Rogers, Will/Gulledge, Jay 2010: Lost in Translation: Closing the Gap Between Climate Science and National Security Policy, Washington, D.C.
- Rose, Nikolas 1996: The Death of the Social? Re-figuring the Territory of Government, in: Economy and Society 25: 3, 327-356.
- Rothe, Delf 2011: Managing Climate Risks or Risking a Managerial Climate: State, Security and Governance in the International Climate Regime, in: International Relations 25: 3, 330-345.
- Rothe, Delf 2013: A Climate of Insecurity. The Securitisation of Global Warming and its Policy Implications (Dissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie am Fachbereich der Sozialwissenschaften der Universität Hamburg), Hamburg.
- Rothe, Delf 2016. Securitizing Global Warming. A Climate of Complexity. London.
- Şahin, Ümit (2014): Türkiye'nin İklim Politikalarında Aktör Haritası, in: [ipc.sabanciuniv.edu/wp-content/uploads/2014/12/AktorHaritasiRapor\\_25.11.14\\_web.pdf](http://ipc.sabanciuniv.edu/wp-content/uploads/2014/12/AktorHaritasiRapor_25.11.14_web.pdf); 9.2.2015.
- Salazar, Alberto/Masera, Omar 2010: México ante el cambio climático. Resolviendo necesidades locales con impactos globales, in: [http://www.rua.unam.mx/repo\\_rua/licenciatura\\_en\\_quimica/facultad\\_de\\_quimica/primer\\_semestre/\\_5086.pdf](http://www.rua.unam.mx/repo_rua/licenciatura_en_quimica/facultad_de_quimica/primer_semestre/_5086.pdf); 3.8.2016.
- Sánchez Gutiérrez, Gabriela/Lucatello, Simone/Ceccon Rocha, Brisa 2009: Programa de Diálogo y Construcción de Acuerdos. Cambio Climático y Seguridad Nacional, Mexiko-Stadt.
- Scheffran, Jürgen/Brzoska, Michael/Brauch, Hans G./Link, Peter M./Schilling, Janpeter (Hrsg.) 2012: Climate Change, Human Security and Violent Conflict (Hexagon Series on Human and Environmental Security and Peace), Berlin.
- Schellnhuber, Hans J. 2011: »Manchmal gibt es die Pflicht zu warnen« (Interview), in: Süddeutsche Zeitung Nr. 275/2011, 29.11.2011, 16.
- Schmidt, Andreas 2012: Bewegungen, Gegenbewegungen, NGOs: Klimakommunikation zivilgesellschaftlicher Akteure, in: Neverla, Irene/Schäfer, Mike S. (Hrsg.): Das Medien-Klima, Wiesbaden, 69-94.
- Schwartz, Peter/Randall, Doug 2003: An Abrupt Climate Change Scenario and Its Implications for United States National Security, Washington, D. C.
- Senado de la República 1994: Decreto que reforma, adiciona y deroga diversas disposiciones de la Ley Organica de la Administracion Publica Federal. Primer Periodo Ordinario LVI Legislatura Martes, 20 de Diciembre de 1994, Diario 17, Mexiko-Stadt.
- Senado de la República 1998: Comparecencia de la C. Maestra Julia Carabias Lillo, Secretaria del Medio Ambiente, Recursos Naturales y Pesca. Segundo Periodo Ordinario LVII Legislatura Martes, 21 de Abril de 1998, Diario 12, Mexiko-Stadt.
- Senado de la República 2013: Iniciativa con proyecto de decreto por el que se reforman y adicionan diversas disposiciones a la Ley General de Cambio Climatico, Mexiko-Stadt.
- Steinmeier, Frank-Walter 2007: Die transatlantischen Beziehungen im 21. Jahrhundert (Rede von Bundesaußenminister Steinmeier anlässlich der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am 1.2.2007), München.
- Steinmeier, Frank-Walter 2014: Klimawandel und Sicherheitspolitik (Panel der Stiftung Mercator auf der 50. Münchner Sicherheitskonferenz am 31.1.2014), München.
- Stritzel, Holger 2007: Towards a Theory of Securitization: Copenhagen and Beyond, in: European Journal of International Relations 13: 3, 357-383.
- Stritzel, Holger 2011: Security, the Translation, in: Security Dialogue 42: 4-5, 343-355.

- Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)* 2015: Themendossier: Klimawandel als Sicherheitsproblem, in: <http://www.swp-berlin.org/de/swp-themendossiers/klimapolitik/klimawandel-als-sicherheitsproblem.html>; 9.2.2015.
- Türkiye Büyük Millet Meclisi (TBMM)* 1992: No. 190140900270, B: 90, O: 1, 30.6.1992, Ankara.
- TBMM* 2007: Tübitak Report. Nr. 230030130342 B: 13, Ankara.
- TBMM* 2009: Meclis Haber Bülteni – İngiltere Dışişleri Bakanı Miliband da katıldı. Çevre Komisyonunda İklim Değişikliği ile Mücadele tartışıldı, Ankara.
- TBMM* 2014a: Speech of Member of Parliament Mehmet Hilal Kaplan (CHP Kocaeli) on 19.2.2014. Genel Kurul Tutanağı 24. Dönem 4. Yasama Yılı 64. Birleşim (7-18), Ankara.
- TBMM* 2014b: Speech of Member of Parliament Alaattin Yüksel (CHP İzmir) on 29.4.2014. Türkiye Büyük Millet Meclisi, Genel Kurul Tutanağı 24. Dönem 4. Yasama Yılı 82. Birleşim, (page 15), Ankara.
- The White House* 1991: National Security Strategy of the United States, Washington, D. C.
- The White House* 1994: A National Security Strategy of Engagement and Enlargement, Washington, D. C.
- Töpfer, Klaus* 2010: Klimapolitik zwischen Alarmismus und Verharmlosung (Rede auf dem Jahreskolloquium der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) »Klimawandel und Konflikt« –Versicherheitlichung versus präventive Friedenspolitik am 30.5.2010), Hamburg.
- Trombetta, Maria J.* 2008: Environmental Security and Climate Change: Analysing the Discourse, in: Cambridge Review of International Affairs 21: 4, 585-602.
- Trombetta, Maria J.* 2011: Rethinking the Securitization of the Environment. Old Beliefs, New Insights, in: Balzacq, Thierry (Hrsg.): Securitization Theory. How Security Problems Emerge and Dissolve, London, 135-149.
- Ullmann, Richard* 1983: Redefining Security, in: International Security 8: 1, 129-153.
- United Nations Development Programme (UNDP)* 1994: Human Development Report 1994. New Dimensions of Human Security, New York, NY.
- U. S. Navy* 2009: Task Force on Climate Change, in: <http://greenfleet.dodlive.mil/climate-change/>; 8.9.2014.
- U. S. Navy* 2010: Climate Change Roadmap, Washington, D. C.
- U. S. Senate* 1997: The Climate Change Treaty (Senate – October 23, 1997). Congressional Record – 105<sup>th</sup> Congress (1997-1998), Washington, D. C.
- U. S. Senate* 2003: Climate Stewardship Act (29. Oct. 2003). Congressional Record – Senate, Washington, D. C.
- U. S. Senate* 2008: Congressional Record – Senate: S3036 – the Lieberman-Warner Climate Security Act of 2008, Washington, D. C.
- von Storch, Hans* 2011: Klimaforschung in der Glaubwürdigkeitsfalle (Kapital verspielt), in: <http://www.handelsblatt.com/technik/energie-umwelt/kapital-verspielt-klimaforschung-in-der-glaubwuerdigkeitsfalle/5883048.html>; 9.2.2015.
- von Lucke, Franziskus/Diez, Thomas/Wellmann, Zehra* 2014: What's at Stake in Securitising Climate Change? Towards a Differentiated Approach, in: Geopolitics 19: 4, 857-884.
- Wæver, Ole* 1995: Securitization and Desecuritization, in: Lipschutz, Ronnie D. (Hrsg.): On Security, New York, NY, 46-86.
- Wagner, Kay* 2010: Der Klimaflüchtling drängt auf die europäische Bühne. Migration durch Umweltänderungen bislang kein Thema in Brüssel, in: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Migration/eu4.html>; 9.2.2015.
- Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)* 2007a: Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel, Berlin.
- WBGU* 2007b: Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel. Zusammenfassung für Entscheidungsträger, Berlin.

*Weidner, Helmut/Mez, Lutz* 2008: German Climate Change Policy. A Success Story with some Flaws, in: *The Journal of Environment & Development* 17: 4, 356-378.

*Wolf, Simon* 2007: Klimaschutz und Energiepolitik in Mexiko, El Salvador und Nicaragua (Global Issue Papers), Mexiko-Stadt.